

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DIE PRÄSIDENTENWAHLEN

■ KOMMENTAR	
Kampfrhetorik und »saubere Siege«	
Die ausgestreckte Hand Putins ist unabdingbar	2
Gerhard Mangott, Innsbruck	
■ ANALYSE	
Regionale Eliten, föderale Transferzahlungen und Anreize zur Wahlfälschung	4
Andrei Yakovlev, Moskau	
■ TABELLEN ZUM TEXT	
Wahlergebnisse, Transferzahlungen und die »SMS-Digital Wahlkommission«	8
■ STATISTIK	
Ergebnisse der Präsidentenwahlen, 4. März 2012	9
Präsenz von Politikern in den zentralen Medien	13
■ DOKUMENTATION	
Zweite Erklärung der Assoziation GOLOS zu den Ergebnissen der Langzeitbeobachtung der lokalen Wahlen sowie der Präsidentschaftswahlen, 4. März 2012. Agitation und Wahlkampf	14
■ ANALYSE	
Wahlfälschung und ihre Grenzen: der regionale Vergleich im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen	15
Alexander Kynew, Moskau	
■ UMFRAGE	
Dumawahlen, Präsidentenwahlen und Proteste	19
■ CHRONIK	
Vom 25. Februar bis zum 8. März 2012	23



Kampfrhetorik und »saubere Siege« Die ausgestreckte Hand Putins ist unabdingbar

Gerhard Mangott, Innsbruck

Zusammenfassung

Putin konnte sich bei den Wahlen auf die große Mehrheit der russischen Wähler verlassen, die ihn nach wie vor stützen. Die Opposition stellt trotz der Erfolge bei den Massenprotesten keine glaubwürdige Konkurrenz dar. Dennoch wäre der neue Präsident gut beraten, der Protestbewegung die Hand zu reichen und wenigstens Teile von ihnen in die Regierungspolitik zu integrieren. Der ehemalige Finanzminister Kudrin wäre als Ministerpräsident die bessere Alternative zu Dmitrij Medwedew, der seine politische Glaubwürdigkeit eingebüßt hat. Die Demonstranten vom Bolotnaja Ploschtschad haben mit der Politisierung der Gesellschaft aber schon viel erreicht. Ob sie anschlussfähig für weitere Teile der Gesellschaft werden, hängt auch von ihrem künftigen Verhalten ab.

Anker der Stabilität

Dieser Sieg sei eine Niederlage für jene, die Russland zerstören und die Macht usurpieren wollen. Hart und aggressiv wirkte Putin in seiner Siegesrede auf dem Manegeplatz am 4. März; eine ausgestreckte Hand sieht anders aus. Aber Putin wird auf die moderaten Mitglieder der städtischen Proteste zugehen müssen. Es war kein »sauberer Sieg«, wie zahlreiche Belege für Manipulationen zeigen; auch waren die Gegner Putins medial und administrativ deutlich benachteiligt. Aber dennoch: die Mehrheit der russischen Wähler steht auch nach Ansicht regierungskritischer Experten noch immer im Lager Putins. Dies nicht zuletzt, weil Putin von den Bürgern als berechenbarere Variante angesehen wird. Er gilt für viele noch immer als Anker der Stabilität – vor allem für die weniger gebildeten, älteren, einkommensschwächeren und kleinstädtisch-ländlichen Wähler. Putin wird auch zugeschrieben, die Realeinkommen erhöht und die staatlichen Transferleistungen gesichert zu haben. Ihm ist es in den letzten Wochen vor der Wahl auch gelungen, unterschiedlichste Hoffnungen und Erwartungen der Wähler zu bedienen. Die Stärke Putins ist nicht zuletzt aber auch das Ergebnis der Farblosigkeit seiner Rivalen; dies gilt für die anderen Kandidaten wie auch für die Mehrzahl der Anführer der Proteste, insbesondere der »Jelzin-Liberalen« wie B. Nemzow, W. Ryschkow oder M. Kasjanow.

Die Schwäche der Opposition

Zu Recht ist einzuwenden, dass dies auch das Ergebnis der strikten medialen Kontrolle durch Putin ist. In den letzten Jahren wurden Kritiker von den staatlich kontrollierten elektronischen Medien marginalisiert oder dämonisiert. Aber das erklärt die mangelnde Attraktivität der Opposition nicht zur Gänze. Prochorow, Nawalnyj, Nemzow oder Kasparow haben keine (überzeugenden) Konzepte für das Land vorzulegen vermocht. Die har-

sche und bedingungslose Kritik an den korrupten und autoritären Verhältnissen war unabdingbar; aber als Wegweiser, wohin sich Russland entwickeln soll, ist das zu wenig. Das erklärt auch, warum viele der »alten« politischen Funktionäre, die sich an der Protestbewegung beteiligen – wie Jawlinskij, Ryschkow oder Kasjanow – bei den demonstrierenden Bürgern nicht sonderlich angesehen sind. Es sind vielmehr Schriftsteller, Journalisten und Künstler wie Boris Akunin, Leonid Parfjonow, Sergej Parchomenko oder Jurij Schewtschuk, die als authentische Vertreter einer auf Teilhabe pochenden städtischen Bevölkerung gesehen werden; sie haben sich in der »Liga der Wähler« zusammengeschlossen.

Die strukturelle Schwäche der Bewegung bleibt aber ihre inhaltliche Heterogenität, die mangelnde Glaubwürdigkeit oder aber die Radikalität einiger ihrer Anführer.

Der gerade von ausländischen Beobachtern als charismatische Führungsfigur stilisierte Aleksej Nawalnyj ist zwar wirklich ein unerschrockener Aktivist gegen die staatliche Korruption und auch ein überzeugender Kampagnenredner, er ist aber auch ein radikaler russischer Nationalist, der als Aktivist der Bewegung *Narod* [»Volk«. Nationale russische Befreiungsbewegung] rassistische Ausfälle gegen Kaukasier zu verantworten hat. Nawalnyjs Versuch, nationalistische und liberale Ansätze zu verbinden, erlaubt es ihm, weit über die kleine(re) liberale Wählerklientel hinaus, Anhänger zu mobilisieren.

Die zentrale Losung der *Bolotniki* [der Demonstranten auf dem Bolotnaja Ploschtschad am 10. Dezember und am 4. Februar] – »Russland ohne Putin« – wird nur von einer Minderheit der russischen Bürger geteilt. Aus den Daten des regierungskritischen Lewada-Institutes wird deutlich, dass nur sechs Prozent diese Forderung voll unterstützen, und nur 12 Prozent dem »eher«. 29 Prozent »eher nicht« und 38 Prozent »gar nicht«

zustimmen. Auch die Bereitschaft an Demonstrationen teilzunehmen ist mit 13 Prozent sehr gering.

Ein Programm für Putin

Putin wäre gut beraten, auf die moderaten Kräfte zuzugehen, einen Teil von deren Agenda zu kooptieren, insbesondere wirksame Aktionen gegen die staatliche Korruption. Ohne politische Reformen aber – von denen einige bereits eingeleitet wurden – wird der öffentliche Unmut nicht zu beenden sein.

Entscheidend ist in dieser Hinsicht die Bildung der neuen Regierung. Gerade weil Putin das Vertrauen vieler aktiver Bürger verloren hat und als autoritäre Kraft verstanden wird, ist ein liberaler Gegenentwurf bei der Berufung der Regierungsmitglieder unabdingbar. Putin muss frische, junge und kompetente Gesichter in die Schlüsselfunktionen berufen. Zwar hat Putin mehrfach öffentlich versichert, Dmitrij Medwedew die Regierung anzuvertrauen; es ist aber unbestritten, dass dieser nicht die Kraft hat, die moderaten Kräfte der Protestbewegung zu überzeugen. Der unrühmliche Verzicht auf eine zweite Amtszeit und die Ankündigung der Ämterrochade (*rokirowka*) im September 2011 haben Medwedew als führungsstarke und unabhängige politische Gestalt diskreditiert. Medwedew wird es kaum mehr gelingen, die kritische städtische Öffentlichkeit wieder an das Regime zu binden.

Den besonnenen liberalen Finanzminister Kudrin damit zu betrauen, wäre ein wirksameres Signal zu Dialog und Reformbereitschaft nach Innen, aber auch gegenüber den ausländischen Kritikern Russlands; klug wäre es auch, Prochorow als moderaten Vertreter der *Bolotniki* in die Regierung aufzunehmen. Putin hat Prochorow dies auch schon angeboten, der ziert sich aber (noch). Allerdings ist der Widerstand der *silowiki* gegen ihn als Leiter der Regierung zu groß. Auch kann sich Putin nicht sicher sein, inwieweit Prochorow in dieser Funktion für ihn kontrollierbar bliebe. Mit Kudrin und mit Medwedew verbindet Putin persönliche Loyalität, für Prochorow gilt dies nicht.

Kudrin würde den Vorsitz der Regierung nicht übernehmen, ohne Bedingungen zu stellen. Dazu zählt mit Sicherheit auch eine Kürzung des langfristigen Ausgabenprogrammes für die Verteidigung. Das von Putin im Wahlkampf bekräftigte Vorhaben, bis 2020 23 Billionen RR (583 Mrd. €) für die Modernisierung der Streitkräfte auszugeben, wird Kudrin nicht mittragen. Neben persönlichen Motiven war dieses Vorhaben einer der entscheidenden Gründe für das, auch öffentlich ausgetragene, Zerwürfnis zwischen ihm und Medwedew. Überdies wird Kudrin auch Reform im Pensionssystem, insbesondere die Anhebung des Eintrittsalters fordern. Das aber hat Putin wiederholt öffentlich ausgeschlos-

sen. Putin kann es auch wohl kaum riskieren, durch Kürzungen staatlicher Transferleistungen seine »eiserne Wählerklientel« zu antagonisieren. Zudem ist unklar, ob die zuletzt eingefrorenen Verkaufspreise für Gas, Strom und andere kommunale Dienstleistungen derzeit angehoben werden können, ohne den Rückhalt Putins in der Bevölkerung weiter zu schwächen. Die Regierungsumbildung wird aber ziemlich sicher erst nach der Verteidigung Putins als Präsident erfolgen. Verfassungsrechtlich ist vorgesehen, dass die amtierende Regierung aus diesem Anlass ihren Rücktritt einreicht.

Im Netz der alten Freunde

Putin aber hat bei diesen Entscheidungen auch andere Machtzirkel zu berücksichtigen. In seiner Führungsriege drängen manche auf einen repressiveren Kurs; dazu zählen nicht zuletzt Vertreter aus den Sicherheits- und Nachrichtendiensten. Deren Sorge gilt nicht zuletzt ihren Vermögen, die sie in den letzten Jahren unter dem Schutz ihres Patrons Putin anhäufen könnten. Putin ist dabei verstrickt in ein Netz aus kleptokratischen Bindungen. Ein liberales Regierungskabinett wäre nötig, um das autoritärer denkende Dreigestirn von S. Naryschkin (Vorsitzender der Staatsduma), S. Iwanow und W. Wolodin (beide im Präsidialamt) auszugleichen.

Zudem wird Putin die bisherige Staatspartei »Einiges Russland« radikal reformieren müssen. Ende Mai werden auf dem Parteitag der »Partei der Gauner und Diebe« [inzwischen die gängige Bezeichnung für »Einiges Russland«] radikale Entscheidungen erwartet. Möglich ist eine Umbenennung und personelle Erneuerung, aber auch die Auflösung des Netzwerkes grauer Funktionäre und Karrieristen. Allerdings wird Putin wohl die Tradition fortsetzen, als Präsident selbst keine Partei zu führen; die »Abwicklung« oder der Umbau der Staatspartei wären wohl durch den neuen Vorsitzenden der Regierung durchzuführen. Kudrins und Medwedews Strategien dafür können als unterschiedlich erwartet werden, aber auch hier gilt, dass Medwedews angeschlagene Autorität nicht hilfreich sein wird den zu erwartenden Widerstand von Funktionären der Staatspartei zu brechen.

Die Erfolge der Massenproteste

Derzeit ist ein zahlenmäßiges Anwachsen der Proteste nicht zu erkennen. Die Bereitschaft, an den Demonstrationen teilzunehmen, ist nach einer Umfrage des Lewada-Institutes gering. Zwar unterstützen 38 Prozent der Befragten die Demonstrationen, 45 Prozent aber nicht. Überdies wollten nur 3 Prozent »sicher« und 10 Prozent »eher« an solchen Manifestationen teilnehmen; 30 Prozent aber »eher nicht« und 49 Prozent »sicher

nicht«. Um das kleinstädtische und ländliche Wählerklientel zu erreichen, müssten auch soziale Forderungen und Konzepte formuliert werden. Eine effiziente Bildungs- und Gesundheitspolitik und die innovative Lösung erodierender kommunaler Dienstleistungen aber sind mit Umschichtungen in den Staatsausgaben alleine nicht zu bewältigen. Dazu wäre auch eine (gestaffelte) Anhebung der Einkommenssteuer von derzeit 13 Prozent dringend geboten. Das aber dürfte für viele der einkommensstarken städtischen Protestzirkel unattraktiv sein.

Die *Bolotniki* haben schon sehr viel erreicht. Die städtischen Bürger legen die politische Apathie und den resignativen Rückzug in das private Leben ab. Kreativ und mutig sind die Forderung nach politischer Teilhabe und das Begehren, staatliche Willkür in die Schranken zu weisen. Aber es müssen darüber hinaus konkrete, erreichbare Ziele gesetzt werden, um eine wirkliche inhaltliche Alternative zu Putin aufzubauen. Jenseits der Kernforderungen nach dem Rücktritt Putins und der Durchführung von Neuwahlen, sowohl der Staatsduma als auch des Präsidenten, lässt sich aber kaum ein politischer Konsens finden. Die Bewegung muss auch das Land und

die ärmeren Schichten der Bevölkerung mobilisieren können. Wenn es nicht gelingt, dieser Bewegung auch eine organisatorische Struktur und charismatische Führungsfiguren zu geben, wird sie rasch an Kraft verlieren.

Zweifellos gibt es bei den *Bolotniki* auch radikale Kräfte, die an einer Eskalation der Proteste interessiert sind, weil sie nur darin eine Möglichkeit sehen, die Agenda umzusetzen. Dazu zählen sicherlich Udalзов und Nawalnyj; beide haben das Einschreiten der OMON bei der Demonstration am Puschkin-Platz provoziert. Nawalnyj scheint in repressiven Übergriffen der Sicherheitskräfte wohl die Chance zu sehen, die Proteste auszuweiten und zu einer entscheidenden Konfrontation mit Putin zu führen. Das eskalative Verhalten Nawalnyjs wird von einigen Mitstreitern wie der Umweltaktivistin E. Tschirikowa auch bereits kritisiert.

Ein revolutionärer Bruch ist in Russland derzeit nicht zu erwarten. Zu diskutieren ist auch, ob dies wünschenswert sein kann, angesichts des derzeitigen Zustandes der politischen Gegeneliten. Graduelle inhaltliche und personelle Änderungen wären aus Stabilitätserwägungen wohl vorzuziehen.

Über den Autor

Professor Dr. Gerhard Mangott, Politologe an der Universität Innsbruck; Forschungsbereiche sind die Innen- und Außenpolitik Russlands, die russische Gaswirtschaft sowie die Energiesicherheit der EU im Öl- und Gassektor.

ANALYSE

Regionale Eliten, föderale Transferzahlungen und Anreize zur Wahlfälschung

Andrei Yakovlev, Moskau

Zusammenfassung:

Im System der kompetitiven Autokratie benötigt die herrschende Elitengruppe realen Rückhalt in der Bevölkerung, da sie sich nur so gegen konkurrierende Elitengruppen durchsetzen kann. Infolgedessen belohnte das Zentrum regionale Eliten Wahlerfolge für Putin und die Partei »Einiges Russland« mit erhöhten Transferzahlungen. Darauf reagierte die regionale Elite, indem sie die gewünschten Wahlergebnisse künstlich herbeiführte. Eine logische Antwort auf ein falsches Signal. Denn die Wahlfälschungen führten zu einer Abhängigkeit der föderalen von den regionalen Eliten und einer Gefährdung der realen Machtbasis.

Tschurow vs. Gauß

Auf der ersten Moskauer Demonstration gegen die Fälschung der Wahlen am 10. Dezember 2011 fielen zahlreiche Plakate auf, die sich an den Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, Wladimir Tschurow, mit dem Appell wandten: »Hexenmeister, gib uns den Gauß zurück«. Diese Plakate bezogen sich auf Internetpubli-

kationen von Sergej Schpilkin und seinem Kollegen aus Troizk, einem Vorort von Moskau. Diese hatten die offiziellen Zahlen der zentralen Wahlkommission zur Stimmverteilung der zur Wahl angetretenen Parteien in allen Wahlbezirken analysiert. Ihre Analyse zeigte, dass die Wahllokale sich nach den abgegebenen Stimmen bei allen Oppositionsparteien »normal« verteilten

(d. h. dem Gauß'schen Gesetz der Normalverteilung entsprechen) – mit einem Maximum um den Mittelwert und ungefähr gleichen Anteilen an Wahllokalen, die von diesem Mittelwert in beide Richtungen abweichen. Dagegen erinnerte die Verteilungskurve bei der Partei »Einiges Russland« an eine Art Säge, mit einer starken Abweichung nach rechts und »Zähnen« um die runden Zahlen – 60 %, 65 %, 70 % usw. (für ausführlichere Informationen vgl. die Literaturhinweise).



Demonstrationsplakat bei den Protesten nach den Dumawahlen im Dezember 2011. Rote Beschriftung oben: »Wir glauben Tschurow [Leiter der Zentralen Wahlkommission] nicht!« Rote Beschriftung unten: »Wir glauben Gauß!« Legende rechts oben im Diagramm, von oben nach unten: Abkürzungen bzw. Parteinamen von »Einiges Russland«, der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, von »Jabloko«, der Liberal-Demokratischen Partei Russlands und von »Gerechtes Russland«, darunter »Bin [Intervall] 0,5%«; Beschriftung der x-Achse: »Stimmen für die Partei, %«; Beschriftung der y-Achse: »Anzahl der Wahlbezirksausschüsse«.

Foto © Christoph Laug

Außer zu Plakaten auf der Demonstration führten diese Veröffentlichungen zu einem Expertenseminar, das vom Internetportal Polit.ru organisiert wurde, um im Kreise von Spezialisten nüchtern zu klären, ob die Berechnungen richtig sind und wie das Ausmaß der Wahlfälschungen allgemein einzuschätzen sei. Die wesentlichen Ergebnisse der Diskussion: Manipulationen zum Vorteil der »Parteien der Macht« haben bei allen Wahlen seit 1996 stattgefunden, zu massiveren Fälschungen kam es jedoch nicht erst im vergangenen Jahr, sondern schon bei den Wahlen 2007–2008. Als Teilnehmer dieses Seminars kam mir schon damals die Frage, warum die herrschende föderale Elite dies nötig hatte. Dabei bezog sich diese Frage nicht auf 2011, sondern auf 2007.

Realer Rückhalt in kompetitiven Autokratien

An dieser Stelle lohnt sich ein kurzer Abstecher in die Theorie. Autoritäre Regime können auf Wahlfälschungen zurückgreifen, um sich gegenüber externen Akteuren einen Anschein von Legitimität zu geben. In der Realität stützen sie sich aber auf Armee und Polizeiapparat. So war es im Irak und in Libyen, so ist es weiterhin in Nordkorea, Belarus und auf Kuba. Das politische System in Russland zählt heute jedoch sichtlich zu einem anderen, »hybriden« Typ – der sogenannten »kompetitiven Autokratie«. Diese ist keine echte Demokratie, es finden aber Wahlen statt und es besteht eine Konkurrenz zwischen den Elitengruppen. Dies bedeutet, dass die herrschende Gruppe für ihren eigenen Machterhalt darauf angewiesen ist, einen massiven Rückhalt in der Wählerschaft auf sich zu vereinen und diese Unterstützung den anderen Elitengruppen zu demonstrieren. Ein massiver Rückhalt entsteht dann, wenn die herrschende Gruppe fähig ist, die zentralen Forderungen der Wähler aufzunehmen und zu befriedigen.

In Russland ermöglichte es eben jener massenhafte Rückhalt (der sich durch eine hohe Zustimmung zu Wladimir Putin äußert und anfangs durch den Anstieg des Lebensstandards im Gefolge des wirtschaftlichen Wachstums nach der Krise von 1998 befördert wurde) der neuen föderalen Elite, in den 2000er Jahren das Organisationsmodell von Wirtschaft und Gesellschaft zu verändern. Dies allein dem wirtschaftlichen Wachstum zuzuschreiben, wäre falsch. Die Staatsmacht reagierte auf die Nachfrage der Wähler. Sie schaffte Ordnung, drängte kriminelle Elemente aus Wirtschaft und Politik, erhöhte die Renten und Gehälter in staatlichen Einrichtungen sowie die Finanzierung des Bildungs- und Gesundheitssystems bei gleichzeitiger Beibehaltung der makroökonomischen Stabilität. Im Gegenzug stärkte Anfang der 2000er die Unterstützung der Wähler die Position der föderalen Elite gegenüber den Gouverneuren und Oligarchen. In diesem Zusammenhang war es vollkommen natürlich, dass bedeutende Mittel des Regierungsprogramms zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise 2008 nicht in die Realwirtschaft, sondern in den sozialen Bereich flossen. Dadurch hielten sich die Zustimmungswerte für Wladimir Putin und Dmitrij Medwedew im Herbst 2009 praktisch auf dem gleichen Niveau wie im Juni 2008.

Das persönliche Rating einer Führungsperson oder die Stimmen, die die Regierungspartei in nachfolgenden Wahlen auf sich vereint, können aber nur dann ein effektives Druckmittel gegenüber anderen Elitengruppen sein, wenn die Unterstützung *nicht erfunden, sondern real* ist. Die Wahlen können durch Beschränkungen der Aktivität von Oppositionsparteien oder durch

den Druck der Massenmedien auf die Wähler begleitet werden, für die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die konkurrierenden Elitengruppen ist jedoch wichtig, dass die Wähler für die Regierungspartei stimmen und die Zustimmung zu deren Führungsperson real ist! Wladimir Putin konnte Ende 2004 nur deshalb die Direktwahl der Gouverneure abschaffen und die regionale Elite endgültig in seine »Vertikale der Macht« einbinden, weil bei den Wahlen 2003–2004 eine überwältigende Mehrheit tatsächlich für ihn und »Einiges Russland« gestimmt hatte.

»Ergebnisorientierte Finanzplanung«

Warum jedoch wurde im Jahr 2007, auf dem Höhepunkt des wirtschaftlichen Booms, diese reale Zustimmung durch Stimmfälschung und manipulierte Wahlprotokolle der territorialen Wahlkommissionen »gepanscht«?

Meine Antwort mag paradox erscheinen, ich gehe aber davon aus, das dies ein *Fehler war* oder, genauer gesagt, ein *falsches Signal*. Hierbei geht es darum, dass die Mitte der 2000er errichtete »Vertikale der Macht« gesteuert werden musste. Eine schwierige Aufgabe, die irgendwie gelöst werden musste. Die Tätigkeit der föderalen Behörden wurde anhand des sogenannten Systems der ergebnisorientierten Finanzplanung geplant und bewertet. Für die Regionen wurde in der Kreml-Administration ein System ausgearbeitet und im Jahr 2005 durch einen speziellen Erlass des Präsidenten in Kraft gesetzt, das aus ca. 300 Bewertungskriterien bestand. Es stellte sich aber sehr bald heraus, dass man zwar die Gouverneure für die Nichteinhaltung irgendeines der Kriterien bestrafen konnte, dass man sie mit diesen Kriterien in der Praxis aber nicht steuern konnte.

Aus diesem Grund wurden meiner Meinung nach die *Wahlergebnisse der Regierungspartei in Gestalt von »Einiges Russland« zum zentralen Bewertungskriterium für die Tätigkeit der regionalen Führungen* ausgewählt. Eine indirekte Bestätigung dieser These ergibt eine Analyse der Verteilungspolitik der föderalen Transferzahlungen in die Regionen in den 2000er Jahren, die aktuell an der *Higher School of Economics* gemeinsam mit Kollegen von der *Columbia University* (USA) durchgeführt wird. Diese Analyse hat gezeigt, dass der Umfang der Transferzahlung je Einwohner positiv mit dem regionalen Wahlergebnis für »Einiges Russland« bei den Wahlen im Jahr 2003 korreliert (siehe Tabelle 1).

Ich nehme an, dass die Führungspersonen, die solch eine Entscheidung getroffen haben (und dies war offensichtlich kein Zufall) von folgender einfacher Logik ausgingen: Wenn die Menschen für »Einiges Russland« stimmen, bedeutet das, dass sie mit ihrem Leben zufrieden sind und die regionale Obrigkeit demzufolge gut arbeitet. Indem der Kreml die Transferzahlungen

im Jahr 2007 in Abhängigkeit der Wahlergebnisse von 2003 verteilte, signalisierte er den Gouverneuren: Je besser eure Wähler stimmen, desto mehr Geld bekommt ihr aus dem Föderalhaushalt. (Übrigens: Die Ergebnisse der Dumawahlen 2007 wirkten sich tatsächlich positiv auf die Transferzahlungen 2008 aus – siehe Tabelle 2.)

Eigenlogik der »Vertikale der Macht«

Bei dieser einfachen logischen Konstruktion wurde jedoch ein wichtiger Faktor vernachlässigt. Im Kontext der »Vertikale der Macht« bildete sich ein riesiger bürokratischer Apparat heraus, der seine eigenen Interessen verfolgt und auf seine eigene Weise rational handelt. So kann die Reaktion darauf, dass die Wahl von »Einiges Russland« zum zentralen Bewertungskriterium der Regionalmacht wird, in zweierlei Weise ausfallen. Einerseits könnten der Gouverneur und sein Team sich ernsthaft den Problemen der Wähler widmen, was Zeit und Kraft kostet. Andererseits ermöglicht das Fehlen einer politischen Konkurrenz und einer externen Kontrolle der Aktivitäten der regionalen und lokalen Entscheidungsträger, auf das Signal aus dem Zentrum anders zu reagieren: nämlich einen geeigneten Vorsitzenden der Wahlkommission zu »installieren« und sich die notwendige Zahl an Stimmen durch Fälschung der Stimmabgabe oder Manipulation der Wahlprotokolle anzueignen. Es ist offensichtlich, dass die zweite Handlungsoption für die Gouverneure viel einfacher und günstiger war. Und so kam es schon bei den Parlamentswahlen 2007 (sowie bei den Präsidentschaftswahlen 2008) zu massiven Fälschungen der Wahlergebnisse. Diese lösten aber keine Massenproteste aus, da die Mehrheit der Wähler damals tatsächlich für die »Partei der Macht« gestimmt hatte.

2011 entwickelten sich die Ereignisse nach demselben Szenario – mit dem Einwurf zusätzlicher gefälschter Stimmzettel für »Einiges Russland« durch die regionalen Eliten. Doch angesichts der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, der Zunahme sozialer Unsicherheit und der Ineffizienz der Partei »Einiges Russland«, kam es zu massenhaften Protesten in Moskau und anderen Großstädten.

Kurskorrektur

Für das System der Staatsverwaltung ist meiner Ansicht nach jedoch wichtig, dass eine derartige Praxis unausweichlich zu einer Wiederherstellung der Abhängigkeit des föderalen Zentrums von den regionalen Eliten führt – wie dies in den 1990er Jahren der Fall war, als die »administrativen Ressourcen« der Gouverneure in Wahlphasen effektiv gegen föderale Transferzahlungen und Subventionen »eingetauscht« wurden. Brauchten Putin und seine Umgebung in den Jahren 2007–2008

sowie heute, im Jahr 2011, solch ein Ergebnis, nach all den Anstrengungen, die für die Installation loyaler Gouverneure aufgewendet wurden?

Meiner Meinung nach nicht. Es handelt sich hierbei um einen Fehler der Polittechnologien des Kremls – ein Fehler, den die Staatsmacht offensichtlich schon eingesehen hat. Insbesondere die strenge Betonung einer Verbesserung des Investitionsklimas in den vergangenen Monaten weist auf einen Prioritätenwechsel bei der Bewertung der Regionalführungen hin. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden die Regierung und die Präsidentialadministration in der neuen Legislaturperiode die Gouverneure nach der Geschwindigkeit der Investitionsanwerbung sowie dem Anstieg des Bruttoregionalproduktes bewerten – und sich somit an ein Modell annähern, das in China schon seit 30 Jahren praktiziert wird. Ähnliche Maßnahmen für föderale Behörden (mit Blick auf einfache Indikatoren der Studie Doing Business, die von der Weltbank durchgeführt wird) wurden im Februar von Wladimir Putin in seiner Rede vor dem russischen Unternehmerverband RSPP vorgeschlagen.

Reale Unterstützung des neuen/alten Präsidenten

Vor diesem Hintergrund kann man davon ausgehen, dass die Staatsführung bei den Präsidentschaftswahlen im März 2012 von sich aus bemüht ist, massive Manipulationen zu vermeiden. Dies ist für die Staatsmacht weniger wegen des Sieges über die Opposition bedeutsam (deren Anführer weder klare Programme noch ausreichende Unterstützung in der Bevölkerung haben), als vielmehr für die Wiederherstellung der Steuerungsfähigkeit des von Putin geschaffenen Systems der »Machtvertikale«. Die vorläufigen Wahlergebnisse bestätigen diese These vollauf (siehe Tabelle 3).

Offiziellen Angaben der Zentralen Wahlkommission zufolge stimmten in Moskau 47 % der Wahlberechtigten für Wladimir Putin. Eine alternative Bewertung des Projekts »SMS-Digitale Wahlkommission« der Wählervereinigung »Golos – Stimme« (deren Einstellung gegenüber Wladimir Putin alles in allem als oppositionell angesehen wird) gibt einen Stimmenanteil von

45 % für Putin an – dabei erfassen die Berechnungen der unabhängigen Wahlbeobachter ungefähr 25 % aller Moskauer Wahlberechtigten.

Bei den Angaben für Russland insgesamt sind die Unterschiede dagegen viel größer – nach offiziellen Angaben der Zentralen Wahlkommission stimmten 64 % der Wahlberechtigten für Putin, der »SMS-Digitale Wahlkommission« zufolge 51 %. Die Abdeckung des Abstimmungsprozesses durch unabhängige Wahlbeobachter war hier jedoch bedeutend geringer – es gab Beobachter für weniger als eine Million der fast 67 Millionen Wahlberechtigten außerhalb Moskaus. Zudem kann angenommen werden, dass unabhängige Wahlbeobachter häufiger in Wahllokalen jener Regionen und Siedlungen aktiv waren, in denen oppositionelle Einstellungen stärker waren. Die Abweichung lässt sich folglich unter anderem durch die Verzerrung der Auswahl der Wahllokale erklären, die im Rahmen des Projekts »SMS-Digitale Wahlkommission« beobachtet wurden.

Anders gesagt, unter Berücksichtigung der angeführten Daten sollte auf keinen Fall der Schluss gezogen werden, dass bei den Präsidentschaftswahlen im März 2012 massive Fälschungen der Wahlergebnisse stattgefunden haben – wie dies im Dezember 2011 bei den Duma-wahlen oder bei den Wahlen 2007–2008 der Fall war. Dieses Ergebnis stimmt mit der Logik der vorherigen Überlegungen überein: um die Kontrolle über die Eliten wiederherzustellen, musste Wladimir Putin als Präsident nachweisen, dass er über eine reale, massenhafte Unterstützung seitens der Wähler verfügt.

Die Tatsache einer solchen Unterstützung lässt jedoch die Frage offen, wie Wladimir Putin und seine Administration in Zukunft handeln werden. Ob die Proteste der vergangenen Monate die Interaktionsmechanismen zwischen dem Staat auf der einen und Wirtschaft und Gesellschaft auf der anderen Seite geändert haben oder der Wahlsieg Putins als Argument zur Bewahrung der »Machtvertikale« und Unterdrückung der Opposition dienen wird, wird in den kommenden Monaten deutlich werden.

Übersetzung: Christoph Laug

Über den Autor

Professor Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts zur Analyse von Unternehmen und Märkten sowie Vize-Rektor an der National Research University – Higher School of Economics, Moskau.

Dieser Artikel basiert auf Forschungsergebnissen des International Center for the Study of Institutions and Development, das im Rahmen des Programms zur Grundlagenforschung der Higher School of Economics unterstützt wird.

Lesetipp

- Sergej Schpilkin: Statistika issledovala wybory (Die Statistik hat die Wahl untersucht), vom 10. Dezember 2011, unter: http://www.gazeta.ru/science/2011/12/10_a_3922390.shtml.
- O tschjom moshet skasat elektoralnaja statistika (Was kann die Wahlstatistik aussagen), Expertenseminar von Polit.ru am 20. Dezember 2011 unter: http://www.gazeta.ru/science/2011/12/10_a_3922390.shtml.

TABELLEN ZUM TEXT

Wahlergebnisse, Transferzahlungen und die »SMS-Digital Wahlkommission«

Tabelle 1: Wahlergebnisse für »Einiges Russland« bei den Parlamentswahlen 2003 und die Verteilung der Transferzahlungen im Jahr 2007

Stimmenanteil für Einiges Russland bei den Parlamentswahlen 2003	Zahl der Regionen	Durchschnittliche Transferzahlungen der Regionengruppen im Jahr 2007 (in Rubel pro Einwohner), in aktuellen Preisen
Bis 30 %	11	7.685
30–40 %	47	7.427
Mehr als 40 %	23	9.497

Tabelle 2: Wahlergebnisse für »Einiges Russland« bei den Parlamentswahlen 2007 und die Verteilung der Transferzahlungen im Jahr 2008

Stimmenanteil für Einiges Russland bei den Parlamentswahlen 2007	Zahl der Regionen	Durchschnittliche Transferzahlungen der Regionengruppen im Jahr 2008 (in Rubel pro Einwohner), in aktuellen Preisen
Bis 60 %	34	11.349
60–70 %	32	12.835
Mehr als 70 %	15	13.741

Quelle: Daten der Zentralen Wahlkommission und des Finanzministeriums der Russischen Föderation. In beiden Tabellen sind die Regionen Tschetschenien (auf Grund des Fehlens genauer Daten) und das autonome Gebiet Tschukotka (auf Grund ungewöhnlich hoher Transferzahlungen pro Einwohner) nicht eingeschlossen.

Tabelle 3: Wahlergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Moskau (vom 6. März 2012) nach Angaben der Zentralen Wahlkommission und des Projekts »SMS-Digital Wahlkommission«

	Angaben der Zentralen Wahlkommission		Angaben des Projekts »SMS-Digital Wahlkommission«	
	Stimmenanzahl	Stimmenanteil je Kandidat in %	Stimmenanzahl	Stimmenanteil je Kandidat in %
Wladimir Shirinowskij	267.418	6,30 %	62.095	6,03 %
Gennadij Sjuganow	814.573	19,18 %	199.559	19,39 %
Sergej Mironow	214.703	5,05 %	53.579	5,21 %
Michail Prochorow	868.736	20,45 %	227.865	22,14 %
Wladimir Putin	1.994.310	46,95 %	463.580	45,04 %
Gesamt	4.159.740	97,93 %	1.006.678	97,81 %

* Angaben ohne Berücksichtigung ungültiger Stimmen

Zusammenstellung von Andrei Yakovlev; die Angaben der Zentralen Wahlkommission sind das vorläufige Wahlergebnis vom 6. März 2012.

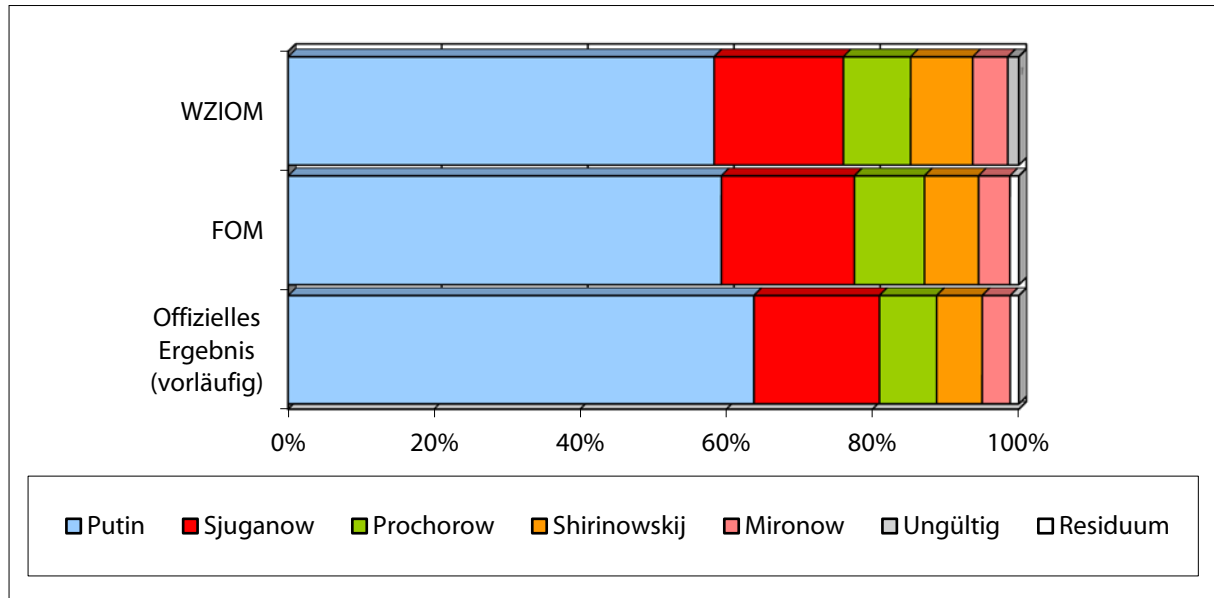
Ergebnisse der Präsidentenwahlen, 4. März 2012

Tabelle 4: Protokoll der Zentralen Wahlkommission mit dem offiziellen Endergebnis vom 7. März 2012

	Stimmen wie angegeben	in % der Wahlberech- tigten	in % der abgegebenen Stimmen
		errechnet	
Wahlberechtigte	109.860.331	100,00 %	
An die Wahlkommissionen ausgegebene Stimmzetteln	103.567.183	94,27 %	
Stimmzettel an Wähler, die vorzeitig abstimmen	239.569	0,22 %	0,33 %
Stimmzettel an Wähler am Wahntag zur Abstimmung in Wahllokalen	65.639.398	59,75 %	91,55 %
Stimmzettel an Wähler am Wahntag zur Abstimmung außerhalb von Wahllokalen	5.901.833	5,37 %	8,23 %
Entwertete Stimmzettel	31.785.750	28,93 %	44,33 %
Stimmzettel in mobilen Urnen	6.139.277	5,59 %	8,56 %
Stimmzettel in ortsfesten Urnen	65.562.388	59,68 %	91,44 %
Ungültige Stimmen	836.691	0,76 %	1,17 %
Gültige Stimmen	70.864.974	64,50 %	98,83 %
Wahlscheine (von Wahlkommissionen eingenommen)	2.257.205	2,05 %	3,15 %
Wahlscheine (von Wahlkommissionen ausgegeben)	1.979.696	1,80 %	2,76 %
Wähler, die mit Wahlscheinen abgestimmt haben	1.600.046	1,46 %	2,23 %
Nicht genutzte, entwertete Wahlscheine	277.475	0,25 %	0,39 %
Wahlscheine der Territorialen Wahlkommission	187.217	0,17 %	0,26 %
Zahl der verlorengegangenen Wahlscheine	34	0,00 %	0,00 %
Verlorengegangene Stimmzettel	730	0,00 %	0,00 %
Stimmzettel, die bei Erhalt nicht gewertet wurden	97	0,00 %	0,00 %
Wahlbeteiligung	71.701.665	65,27 %	
Shirinowskij	4.458.103	4,06 %	6,22 %
Sjuganow	12.318.353	11,21 %	17,18 %
Mironow	2.763.935	2,52 %	3,85 %
Prochorow	5.722.508	5,21 %	7,98 %
Putin	45.602.075	41,51 %	63,60 %

Nach: <http://www.cikrf.ru/news/cec/2012/03/07/prot.rtf>, 8. März 2012

Grafik 1: Präsidentenwahlen am 4. März 2012: Ergebnisse der Exit-Polls und das offizielle Wahlergebnis



Quellen: http://www.cikrf.ru/news/cec/2012/03/05/chyrov_1.html, 6. März 2012; <http://fom.ru/politika/10346>, 6. März 2012; <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112577>, 5. März 2012; Zusammenstellung mit dem vorläufigen Ergebnis vom 6. März 2012, das aber im Wesentlichen mit dem endgültigen Ergebnis übereinstimmt.

**Tabelle 5: Vorläufige Ergebnisse der Präsidentenwahlen, 4. März 2012
Regionale Ergebnisse, sortiert nach den Ergebnissen für Putin**

		Shirinowskij	Sjuganow	Mironow	Prochorow	Putin	Wahlbeteiligung
	<i>Russische Föderation</i>	6,22 %	17,18 %	3,85 %	7,98 %	63,60 %	65,25 %
1	Republik Tschetschenien	0,02 %	0,03 %	0,03 %	0,02 %	99,76 %	99,61 %
2	Republik Dagestan	0,11 %	5,94 %	0,29 %	0,45 %	92,84 %	91,10 %
3	Republik Inguschetien	1,17 %	4,45 %	1,06 %	1,16 %	91,91 %	86,47 %
4	Republik Karatschajewo-Tscherkessien	0,98 %	5,81 %	0,74 %	0,90 %	91,36 %	91,28 %
5	Republik Tuwa	1,74 %	4,32 %	1,37 %	1,98 %	90,00 %	92,62 %
6	Republik Mordwinien	2,34 %	7,23 %	1,11 %	1,61 %	87,06 %	89,58 %
7	Autonomer Kreis der Jamal-Nenzen	5,21 %	5,59 %	1,49 %	2,33 %	84,58 %	93,35 %
8	Republik Tatarstan	2,23 %	9,66 %	1,76 %	2,93 %	82,70 %	83,00 %
9	Republik Kabardino-Balkarien	3,08 %	13,81 %	3,05 %	2,32 %	77,64 %	73,05 %
10	Gebiet Kemerowo	6,82 %	8,14 %	2,28 %	4,60 %	77,19 %	79,10 %
11	Republik Baschkortostan	3,64 %	14,18 %	2,49 %	3,64 %	75,28 %	76,32 %
12	Wahllokale außerhalb der Grenzen der UdSSR	2,72 %	7,19 %	1,96 %	13,56 %	73,24 %	96,14 %
13	Gebiet Tjumen	7,07 %	11,41 %	2,45 %	5,15 %	73,10 %	79,15 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 5: Vorläufige Ergebnisse der Präsidentenwahlen, 4. März 2012
Regionale Ergebnisse, sortiert nach den Ergebnissen für Putin

		Shirinowskij	Sjuganow	Mironow	Prochorow	Putin	Wahl- beteiligung
14	Autonomer Kreis der Tschuktschen	7,18 %	9,04 %	2,16 %	7,53 %	72,64 %	81,56 %
15	Gebiet Tambow	4,54 %	17,38 %	2,25 %	3,16 %	71,76 %	70,08 %
16	Stadt Bajkonur (Kasachstan)	5,52 %	12,14 %	2,99 %	6,81 %	70,79 %	70,17 %
17	Gebiet Saratow	5,06 %	15,63 %	3,27 %	4,46 %	70,64 %	66,44 %
18	Republik Kalmykien	2,54 %	17,51 %	2,68 %	6,04 %	70,30 %	62,01 %
19	Republik Nordossetien	3,16 %	21,05 %	3,11 %	1,66 %	70,06 %	80,71 %
20	Republik Sacha (Jakutien)	4,37 %	14,39 %	4,41 %	6,49 %	69,46 %	74,50 %
21	Gebiet Astrachan	5,07 %	15,64 %	4,30 %	5,06 %	68,76 %	56,21 %
22	Gebiet Tula	5,79 %	16,95 %	3,41 %	5,06 %	67,77 %	69,45 %
23	Republik Altai	5,60 %	16,92 %	3,34 %	6,15 %	66,87 %	67,25 %
24	Autonomer Kreis der Chanten und Mansen	8,11 %	13,80 %	3,29 %	7,14 %	66,41 %	64,06 %
25	Republik Burjatien	5,34 %	18,04 %	3,36 %	5,87 %	66,20 %	66,15 %
26	Republik Udmurtien	6,27 %	14,82 %	3,42 %	8,59 %	65,75 %	64,39 %
27	Transbajkalregion	9,95 %	14,37 %	3,01 %	5,91 %	65,69 %	59,93 %
28	Republik Komi	7,67 %	13,34 %	4,32 %	8,32 %	65,02 %	70,04 %
29	Gebiet Tscheljabinsk	5,66 %	14,72 %	5,10 %	8,03 %	65,02 %	62,71 %
30	Gebiet Swerdlowsk	5,20 %	12,14 %	5,47 %	11,46 %	64,50 %	58,79 %
31	Region Stawropol	6,99 %	18,03 %	3,14 %	6,33 %	64,47 %	60,27 %
32	Gebiet Pensa	6,39 %	19,70 %	3,16 %	5,21 %	64,27 %	68,12 %
33	Republik Adygeja	5,06 %	20,55 %	3,01 %	5,96 %	64,07 %	64,33 %
34	Gebiet Brjansk	6,14 %	20,91 %	3,35 %	4,59 %	64,02 %	66,97 %
35	Gebiet Nischni Nowgorod	5,96 %	19,05 %	3,40 %	6,75 %	63,90 %	66,89 %
36	Region Krasnodar	6,54 %	18,46 %	3,31 %	6,75 %	63,72 %	70,78 %
37	Gebiet Wolgograd	6,86 %	18,85 %	4,33 %	5,56 %	63,41 %	63,81 %
38	Gebiet Kurgan	8,57 %	17,40 %	3,99 %	5,75 %	63,39 %	64,16 %
39	Region Perm	4,60 %	15,78 %	4,40 %	10,86 %	62,94 %	55,09 %
40	Gebiet Amur	9,94 %	16,87 %	3,40 %	5,77 %	62,84 %	60,35 %
41	Gebiet Rostow	6,27 %	20,06 %	3,63 %	6,36 %	62,66 %	63,73 %
42	Republik Tschuwaschien	5,65 %	20,58 %	4,44 %	5,52 %	62,32 %	73,64 %
43	Gebiet Leningrad	6,77 %	14,18 %	5,86 %	9,98 %	61,90 %	63,24 %
44	Gebiet Iwanowo	7,25 %	18,30 %	4,44 %	7,13 %	61,85 %	59,93 %
45	Jüdisches Autonomes Gebiet	8,35 %	18,63 %	3,48 %	6,42 %	61,59 %	58,52 %
46	Gebiet Woronesch	6,22 %	22,42 %	3,68 %	5,35 %	61,34 %	67,99 %
47	Gebiet Lipezk	7,13 %	21,13 %	3,95 %	5,55 %	60,99 %	65,63 %
48	Gebiet Kursk	8,20 %	20,24 %	3,81 %	6,26 %	60,45 %	64,02 %
49	Region Krasnojarsk	8,61 %	18,03 %	3,54 %	8,42 %	60,16 %	59,47 %

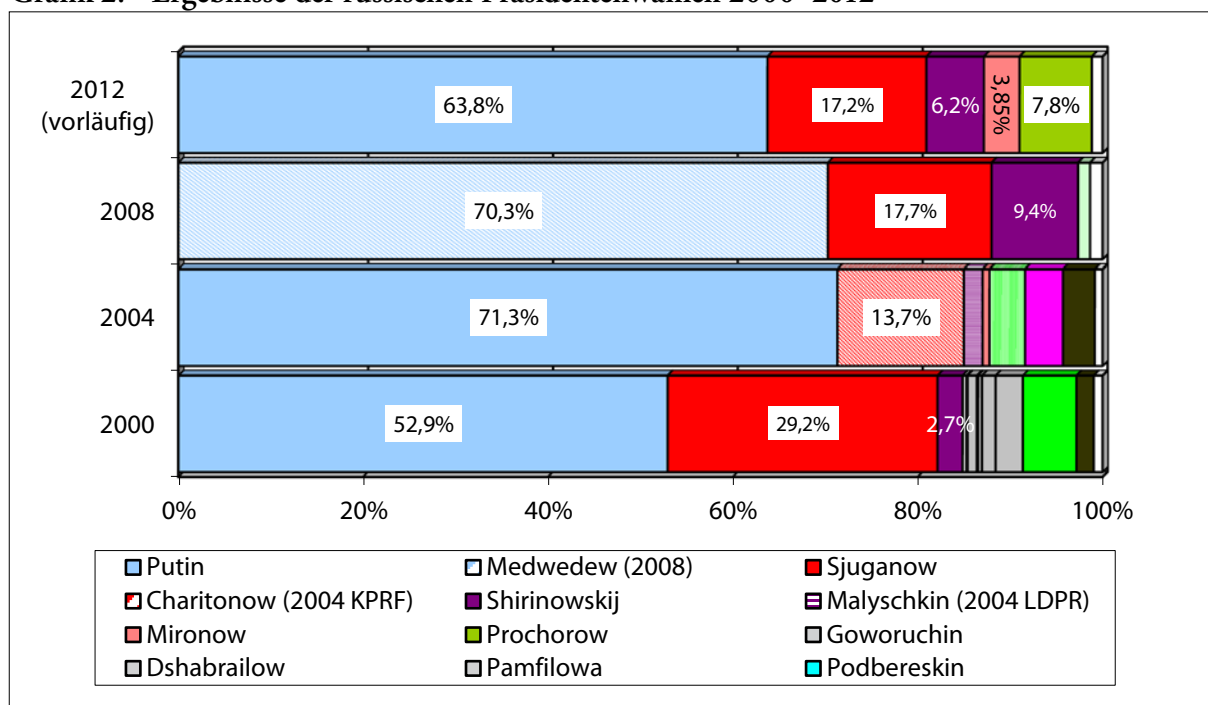
Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 5: Vorläufige Ergebnisse der Präsidentenwahlen, 4. März 2012
Regionale Ergebnisse, sortiert nach den Ergebnissen für Putin

		Shirinowskij	Sjuganow	Mironow	Prochorow	Putin	Wahl- beteiligung
50	Gebiet Murmansk	8,09 %	16,00 %	5,05 %	9,65 %	60,05 %	60,43 %
51	Republik Mari El	6,53 %	22,09 %	3,98 %	6,37 %	59,98 %	70,85 %
52	Region Kamtschatka	10,54 %	15,97 %	3,47 %	8,95 %	59,84 %	61,07 %
53	Gebiet Rjasan	7,58 %	21,42 %	4,12 %	6,10 %	59,74 %	64,15 %
54	Gebiet Pskow	6,71 %	20,64 %	4,57 %	7,30 %	59,69 %	61,19 %
55	Gebiet Wologda	8,13 %	15,35 %	6,62 %	9,38 %	59,44 %	61,63 %
56	Gebiet Belgorod	6,62 %	23,45 %	3,96 %	5,53 %	59,30 %	74,34 %
57	Gebiet Kaluga	7,42 %	20,01 %	4,23 %	8,07 %	59,02 %	63,51 %
58	Stadt Sankt Petersburg	4,65 %	13,06 %	6,61 %	15,52 %	58,77 %	62,05 %
59	Gebiet Samara	7,56 %	20,55 %	3,94 %	8,05 %	58,56 %	60,78 %
60	Republik Chakassien	8,48 %	20,56 %	3,59 %	7,84 %	58,40 %	64,69 %
61	Gebiet Uljanowsk	6,96 %	24,03 %	4,17 %	5,62 %	58,18 %	63,52 %
62	Gebiet Twer	7,40 %	19,71 %	4,92 %	8,88 %	58,02 %	58,70 %
63	Gebiet Archangelsk	8,90 %	15,94 %	5,78 %	10,45 %	57,97 %	58,16 %
64	Gebiet Kirow	7,90 %	18,54 %	5,22 %	9,27 %	57,93 %	61,31 %
65	Gebiet Nowgorod	7,41 %	17,70 %	7,12 %	8,72 %	57,91 %	58,64 %
66	Region Altai	8,33 %	22,26 %	3,90 %	7,13 %	57,35 %	59,93 %
67	Region Primorje	8,63 %	20,36 %	4,36 %	7,95 %	57,31 %	64,14 %
68	Gebiet Tomsk	7,67 %	18,85 %	3,70 %	11,57 %	57,07 %	58,23 %
69	Autonomer Kreis der Nenzen	9,04 %	17,27 %	5,30 %	10,04 %	57,05 %	62,49 %
70	Gebiet Orenburg	7,33 %	24,92 %	4,05 %	5,80 %	56,89 %	61,19 %
71	Gebiet Moskau	6,66 %	19,36 %	4,23 %	11,18 %	56,85 %	61,34 %
72	Gebiet Smolensk	7,94 %	23,07 %	4,34 %	6,75 %	56,69 %	59,04 %
73	Gebiet Nowosibirsk	7,70 %	22,53 %	3,03 %	9,18 %	56,34 %	63,23 %
74	Gebiet Sachalin	8,77 %	20,03 %	3,88 %	9,78 %	56,30 %	57,25 %
75	Gebiet Magadan	9,18 %	20,01 %	3,74 %	9,71 %	56,25 %	58,96 %
76	Region Chabarowsk	10,47 %	17,65 %	4,88 %	9,50 %	56,15 %	61,92 %
77	Gebiet Omsk	7,68 %	24,01 %	4,03 %	7,44 %	55,55 %	61,65 %
78	Gebiet Irkutsk	8,24 %	22,57 %	3,84 %	8,76 %	55,45 %	56,01 %
79	Republik Karelien	8,59 %	16,47 %	6,10 %	12,22 %	55,38 %	55,38 %
80	Gebiet Jaroslawl	7,72 %	19,89 %	6,14 %	10,58 %	54,53 %	63,48 %
81	Gebiet Wladimir	8,40 %	20,75 %	6,57 %	9,45 %	53,49 %	53,07 %
82	Gebiet Orjol	7,45 %	29,09 %	3,35 %	6,14 %	52,84 %	68,04 %
83	Gebiet Kostroma	8,09 %	26,02 %	4,62 %	7,61 %	52,78 %	61,43 %
84	Gebiet Kaliningrad	7,79 %	21,33 %	3,53 %	13,56 %	52,55 %	59,29 %
85	Stadt Moskau	6,30 %	19,18 %	5,05 %	20,45 %	46,95 %	57,95 %

Nach: http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100031793509&vrn=100100031793505®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vbid=100100031793509&type=227, vorläufige Ergebnisse vom 6. März 2012. Am 8. März lagen noch keine Endergebnisse für die Regionen vor.

Grafik 2: Ergebnisse der russischen Präsidentenwahlen 2000–2012

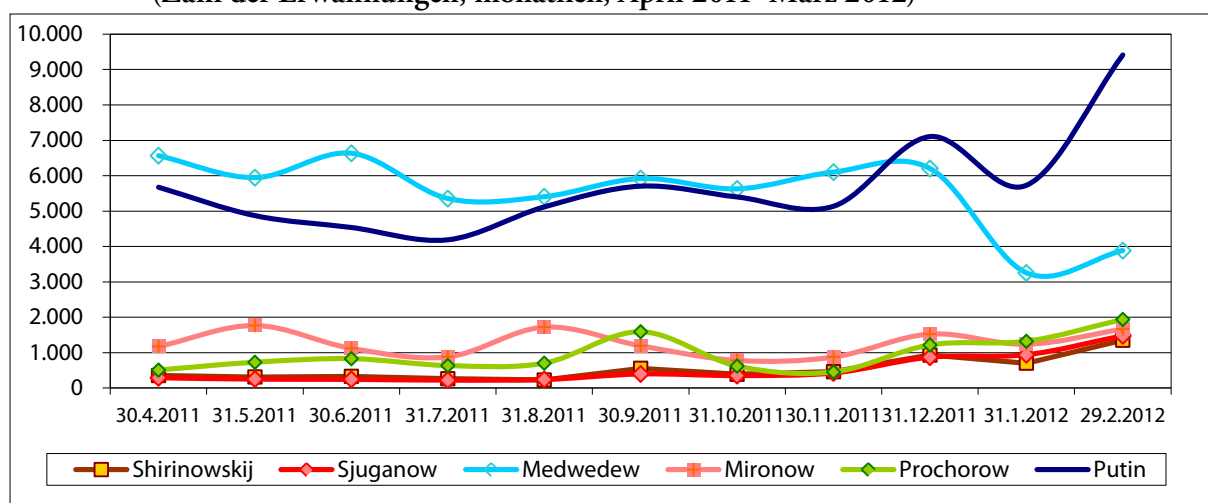


Quellen: http://www.cikrf.ru/news/cec/2012/03/05/chyrov_1.html, 6. März 2012; <http://www.fci.ru/prez2000/default.htm> (java:pr_r00.htm), Download 7. April 2000; http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100022249920&vrn=100100022176412®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vbid=100100022249920&type=226, 11.3.2008; <http://pr2004.cikrf.ru/etc/svod.xls>, 25. März 2004.

Präsenz von Politikern in den zentralen Medien

In den russischen Massenmedien gab es keine Gleichbehandlung der Kandidaten. Die Auswertung der Mediendatenbank Integrum zeigt, dass Putin weit häufiger erwähnt wird als alle seine Konkurrenten. Unmittelbar vor den Wahlen steigt die Zahl der Erwähnungen aller Kandidaten, aber der Zuwachs bei Putin übertrifft den seiner Mitbewerber bei weitem.

Grafik 3: Politiker in den zentralen Medien
(Zahl der Erwähnungen, monatlich, April 2011–März 2012)



Quelle: Häufigkeitsabfrage in der Datenbank Integrum, 4. März 2012
<http://asvc.integrum.ru/QueryStat/NQueryForm.aspx?si=sLbJE2E&qu=0&nomenu=0&type=Comparative>

Zweite Erklärung der Assoziation GOLOS zu den Ergebnissen der Langzeitbeobachtung der lokalen Wahlen sowie der Präsidentschaftswahlen, 4. März 2012. Agitation und Wahlkampf

Moskau, 1. März 2012

Die Assoziation GOLOS führt eine Langzeitbeobachtung des Ablaufs der Präsidentschaftswahlen durch. Sie wird von 48 Langzeitbeobachtern umgesetzt, durch Korrespondenten der Zeitung »Grashdanskij golos« [dt.: Bürgerstimme] und Aktivisten der Assoziation GOLOS, die eine entsprechende Schulung durchlaufen haben. GOLOS schöpft seine Informationen aus den Medien, aus Experteninterviews mit Vertretern politischer Parteien, von Leitern von Nichtregierungsorganisationen und Mitgliedern von Wahlkommissionen sowie aus Berichten von Bürgern, die während des Wahlprozesses Verstöße beobachtet und dies Vertretern von GOLOS persönlich oder auf der »Karte der Verstöße«, einem Projekt der Assoziation GOLOS, mitgeteilt haben.

Die Assoziation richtet ihre Aufmerksamkeit bei der Wahlbeobachtung vor allem auf folgende Aspekte:

1. Die Wahrung der Wählerrechte der Bürger und die Einhaltung der Wahlprozeduren;
2. die Arbeit der Wahlkommissionen;
3. den Einsatz administrativer Ressourcen während des Wahlprozesses;
4. die Gewährleistung gleicher Möglichkeiten für die Kandidaten und Parteien im Wahlkampf;
5. die Einhaltung der Prozeduren bei der Stimmabgabe, der Stimmenauszählung und der Bekanntgabe der Wahlergebnisse.

Dies ist die zweite in einer Reihe von Erklärungen, die den Ablauf des Wahlprozesses festhalten sollen.

Zum Ausgang der Wahlen wird die Assoziation GOLOS einen analytischen Bericht vorlegen, in dem alle erhaltenen Dokumente und Unterlagen zusammengestellt und analysiert werden sollen. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei Verstößen gegen die Prinzipien freier und demokratischer Wahlen während sämtlicher Phasen des Wahlprozesses gewidmet. Mit den Berichten von GOLOS zu bisherigen Wahlen können Sie sich unter der Adresse <http://www.golos.org/elections> vertraut machen.

Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Die gegenwärtige Wahlkampagne unterscheidet sich von der im Herbst 2011 lediglich dadurch, dass die Methoden, mit denen auf die Wähler Druck ausgeübt wird, vorsichtiger eingesetzt werden und in höherem Maße gefürchtet wird, dass dies bekannt wird und zu Skandalen in der Öffentlichkeit führt.

Darüber hinaus sind die Vertreter der Staatsmacht nach den Massenprotesten gegen den Verlauf der Dumawahlen vom 4.12.2011 einerseits darum bemüht, durch Versprechungen von Reformen im politischen System den Protest abzuschwächen (es sind Gesetzentwürfe zur Änderung des Parteiengesetzes, zum Verfahren der Kandidatenregistrierung – darunter zur Befreiung von der Sammlung der Unterstützerunterschriften für Kandidaten, die von politischen Parteien nominiert wurden – und zu den Gouverneurswahlen sowie ein neuer Entwurf für ein Dumawahlgesetz veröffentlicht worden). Andererseits wird gegen Vertreter der Opposition eine heftige Medienkampagne geführt.

Es gab einzelne Fälle, bei denen Staatsbeamte offen Wahlwerbung für Wladimir Putin begangen haben, doch ist es bezeichnend, dass sie um ein vielfaches weniger häufig sind als noch im Herbst 2011.

Der Wahlkampf findet hauptsächlich in den zentralen Fernsehkanälen statt, und hier werden auch die administrativen Ressourcen maximal eingesetzt, um in Gestalt einer Berichterstattung über die Amtstätigkeit indirekte Wahlwerbung für Wladimir Putin zu machen.

Gleichzeitig verleiht Putins Weigerung, an direkten Debatten mit den Opponenten teilzunehmen, diesem die Aura eines besonderen, herausgehobenen Kandidaten.

Die Amtsprivilegien des Ministerpräsidenten (Arbeitsbesuche im ganzen Land, Treffen mit Belegschaften, Auftritte mit Wahlkampffreden und -versprechen, eigene Beiträge in den Medien, Nachrichtenmeldungen ...) werden dabei in vollem Umfang genutzt.

Es ist unstrittig, dass diese Privilegien in der russischen Wahlgesetzgebung verankert sind, worauf die Assoziation GOLOS in ihren Berichten vielfach hingewiesen hat. Die Verwaltungsgesetzgebung definiert jedoch eindeutig die

Grenzen, die für die Nutzung der Amtsstellung zu privaten Zwecken bestehen. Es sei hier nur ein Beispiel genannt: Wurde die Versammlung im Sportkomplex Lushniki, die voll und ganz eine Wahlkampfveranstaltung eines der Kandidaten war, aus dessen Wahlkampfetat bezahlt?!

Gleichzeitig werden vor allem in den Regionen einzelne Teilnehmer der Protestaktionen unter Druck gesetzt und eingeschüchert. Druck wird auch auf unabhängige Medien, Nichtregierungsorganisationen und Vertreter der Opposition ausgeübt.

Es ist eine Massenhysterie entfacht worden, bei der Nichtregierungsorganisationen und die Opposition beschuldigt werden, für ausländische Staaten tätig zu sein, was aus den landesweiten Medien bis auf die regionale Ebene verbreitet wird.

Angaben aus den Regionen zufolge besteht weiterhin die üble Praxis, dass die Zentralregierung den Verwaltungen vor Ort informell »Planvorgaben« zur Wahlbeteiligung und zum Stimmenanteil für den »richtigen« Kandidaten macht.

Es gibt starke Signale, dass Bürger praktisch zur Teilnahme an den Wahlen und zur Einholung eines Wahlscheins genötigt werden. Außerdem werden unmittelbar in den Betrieben Wahllokale eingerichtet und der 4. März wird zum Arbeitstag erklärt ...

Insgesamt ist der Wahlkampf durch eine Vielzahl von Diskreditierungsaktionen sowohl gegen Vertreter der außersystemischen Opposition als auch gegen registrierte Präsidentschaftskandidaten geprägt. Im Internet und auf den Straßen wird auf private Initiative hin eine große Menge selbstgemachter Materialien verbreitet, die gegen Putin, die Partei Einiges Russland, den Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission Tschurow etc. gerichtet sind. Dies ist zweifellos die Gegenseite zu der in den offiziellen Medien absolut dominierenden Wahlwerbung für Putin und der Agitation gegen die Opposition.

Zusammenfassend stellt die Assoziation GOLOS fest, dass die negativen Tendenzen vom Herbst 2011 sich bei den Präsidentschaftswahlen bruchlos fortsetzten, sich durch die harte Konfrontation zwischen »Anhängern« und »Gegnern« eines der Kandidaten verstärkten und dazu geführt haben, dass der Wahlkampf ohne eine normale politische Diskussion der wichtigsten Probleme und Fragen des Landes blieb.

Übersetzung: Hartmut Schröder

ANALYSE



Europäischer Austausch
European Exchange

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

Wahlfälschung und ihre Grenzen: der regionale Vergleich im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen

Alexander Kynew, Moskau

Zusammenfassung

Ob die Präsidentschaftswahlen über einen oder zwei Wahlgänge gehen, hängt im Wesentlichen nicht von den realen Umfragewerten der Kandidaten ab, sondern davon, wie viele Stimmen dem Hauptkandidaten hinzugeschrieben und den anderen dafür abgezogen werden. Anhand der Wahlergebnisse vom 4. Dezember kann Russland in drei Regionen mit unterschiedlichem Manipulations- und Protestpotenzial unterteilt werden. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom 4. März hängt zum einen von der Wahlbeteiligung in der Gruppe der »Protestregionen« mit 52,2 Millionen Wählern ab, wo laut offiziellen Ergebnissen »Einiges Russland« weniger als 42 % der Stimmen erreicht hat: Hier handelt es sich hauptsächlich um das nördliche Russland, Sibirien, das Uralgebiet und den Fernen Osten. Zum anderen wird das Verhältnis zwischen der Härte der administrativen Ressourcen und der elektoralen Kontrolle in den »Regionen des Mittelfeldes« mit über 30 Mio. Wählern eine wichtige Rolle spielen.

»Aufblähen« der Wählerverzeichnisse

Die Wahlbeteiligung bei den Dumawahlen am 4. Dezember 2011 betrug 60,21 %. Das entspricht

65,8 Millionen Wählern bei 109,2 Millionen Wahlberechtigten, die sich am 4. Dezember 2011 auf dem Gebiet der Russischen Föderation aufgehalten haben

(davon leben fast 337.000 außerhalb des Landes). In einem Beschluss der Zentralen Wahlkommission hieß es jedoch, dass zum 1. Juli 2011 nur 108,1 Millionen Wahlberechtigte auf dem Gebiet der Russischen Föderation registriert waren. Woher kamen in nur fünf Monaten diese 800.000 Menschen? Tatsächlich sind es sogar noch mehr, wenn man die Wahl mit Hilfe eines Wahlscheins berücksichtigt: In den Stimmbezirken sind 1,797 Millionen Wahlscheine ausgegeben worden, während nur 1,258 Millionen mit Hilfe dieser Wahlscheine ihre Stimme abgegeben haben. Es gibt also über eine halbe Million Menschen, die in ihrem Stimmbezirk wegen Erhalt eines Wahlscheins aus dem Wählerverzeichnis gestrichen und dann in keinerlei Zusatzverzeichnisse eingetragen worden sind.

Dadurch sind die Wählerverzeichnisse um insgesamt rund 1,376 Millionen Personen aufgebläht worden, die womöglich mehrfach eine Stimme abgegeben haben. Zählt man hier noch jene hinzu, die auf Grund eines Wahlscheins vorfristig oder bei den mobilen Wahlurnen gewählt haben¹, dann ergibt sich eine Summe von 7,15 Millionen (11 %) üblicherweise als »spezifisch« bezeichneter Stimmen. Der Einwurf zusätzlicher Stimmzettel, Stimmenkauf und Manipulationen der Protokolle sind hier noch nicht einmal berücksichtigt.

Tabelle 6: Nachwahlumfrage des Lewada-Zentrums vom 8. bis 16. Dezember 2011. Anteil der abgegebenen Stimmen in %.

	Ergebnisse der Umfrage des Lewada-Zentrums	Ergebnisse für Moskau bei den Dumawahlen, nach Angaben der Zentralen Wahlkommission (gerundet)
Einiges Russland	32	47
KPRF	21	19
Gerechtes Russland	16	12
LDPR	13	9
Jabloko	10	9
Patrioten Russlands	3	1
Rechte Sache	2	1
Ungültig gemachte Stimmzettel	2	2

¹ Am 4. Dezember haben 4,3 Millionen Wähler mit Hilfe einer mobilen Wahlurne ihre Stimme abgegeben.

Die Schpilkin-Methode

In Russland werden unterschiedliche Methoden angewendet, um den Umfang der Wahlfälschungen festzustellen. So werden Vergleiche benachbarter Stimmbezirke, wo eine gleichartige Wählerschaft registriert ist, durchgeführt. Ferner werden mathematische Modelle, mit denen anomale Verteilungen der Stimmen ermittelt werden können, erstellt. Nicht weniger populär sind Nachwahlumfragen. Darüber hinaus kann mit Hilfe der offiziellen Angaben der Zentralen Wahlkommission ermittelt werden, wie viele Stimmen auf die »spezifischen« Arten der Stimmabgabe entfallen, also diejenigen, die am meisten von Manipulationen betroffen sind.

Eine der Methoden zur Feststellung des Umfangs der Manipulationen, die in den vergangenen Jahren am meisten Aufsehen erregt hat, besteht in einer mathematischen Modellierung. Es gibt sie in verschiedenen Varianten, die bekannteste ist nach Sergej Schpilkin benannt, einem Wahlstatistik-Experten. Grundlage dieser Methode sind Graphiken, die die Verteilung der Stimmen nach Stimmbezirken abbilden. Bei einer normalen Verteilung müssten die Kurven aller Parteien einen annähernd übereinstimmenden Verlauf haben, der bei den meisten »normalen« Wahlen festzustellen ist. In Russland lässt sich jedoch eine Auffälligkeit feststellen: Die Graphik einer der Parteien (Einiges Russland) weist eine »Anomalie« auf. Vergleicht man die Kurven aller Parteien mit der von Einiges Russland, lässt sich mit Hilfe eines Koeffizienten annähernd der Umfang der »anormalen« Stimmen ermitteln, die in einem bestimmten Stimmbezirk für diese Partei abgegeben wurden.

Die tatsächliche Wahlbeteiligung bei den Dumawahlen am 4. Dezember betrug nach Berechnungen Schpilkins rund 46,1 %; 50,4 Millionen Wähler sind an die Urnen gegangen. Einiges Russland erhielt nach diesen Berechnungen in Wirklichkeit 33,9 % der Stimmen und nicht 49,32 %; die KPRF 25 %, Gerechtes Russland 17,3 %, die LDPR 15,2 % und Jabloko 4,5 %.²

Zu ähnlichen Zahlen kommen auch die Soziologen des Lewada-Zentrums, die eine Woche nach dem Wahltag den Moskauern folgende Frage stellten: »Haben sie bei den Dumawahlen ihre Stimme abgegeben, und wenn ja, für wen?«

Einiges Russland hätte demnach in der Hauptstadt 15 Prozentpunkte weniger bekommen, als ihr in dem Endergebnis zugesprochen wurde. Nach der Schpilkin-Methode läge das Ergebnis für die Partei der Macht in der Hauptstadt um 17,5 Prozentpunkte niedriger.

Somit schwanken die Schätzungen zum Ausmaß der Stimmenmanipulationen landesweit zwischen 7,13

² Die Zentrale Wahlkommission zählte für die Kommunisten 19,2 %, für Gerechtes Russland 13,2 %, für Shirinowskij LDPR 11,7 % und für Jabloko 3,43 %.

Millionen (dem Anteil der »spezifischen« Stimmen, die sich aus offiziellen Angaben ergeben) und 15,3 Millionen (nach der Schpilkin-Methode).

Regionale Unterschiede bei der Wahlmanipulation

Die Tradition der Wahlfälschungen ist in jeder Region unterschiedlich. In einigen Gegenden, etwa den nordkaukasischen Republiken, wird in den Abschlussprotokollen schlicht und einfach irgendein Ergebnis eingetragen, das gerade benötigt wird. Anderswo werden der Einwurf zusätzlicher Stimmen, Wahl-»Tourismus« oder die manipulative Übertragung der Protokoll Daten bevorzugt.

Eine Reihe von Regionen weist »traditionsgemäß« anomale Stimmanteile bei der Abstimmung mit Hilfe mobiler Wahlurnen aus.

In den letzten Jahren ist die Stimmabgabe mit einem Wahlschein immer beliebter geworden: In St. Petersburg, dem Swerdlowsker Gebiet, den Gebieten Tscheljabinsk, Woronesh und Rjasan ist es deswegen zu heftigen Skandalen gekommen.

Auch Wahlfälschungen während der Abstimmung selbst sind nur schwer aufzuspüren. Es ist nicht möglich, dass ein Beobachter über die Schulter jedes Mitglieds einer Wahlkommission schaut und prüft, ob jeder Wähler für sich selbst unterschreibt. Genauso ist es nicht möglich, die zusätzlichen Wählerverzeichnisse der Stimmbezirke abzugleichen, um festzustellen, ob nicht eine Mehrfachstimmabgabe durch eine und dieselbe Person stattgefunden hat.

Manipulationen während der Stimmenauszählung können jedoch, wenn die Beobachtung vernünftig organisiert ist, wirksam unterbunden werden. Der Anteil der Manipulationen bei der Stimmabgabe wächst proportional bei sinkender Anzahl der Stimmen der »lebenden Seelen«. Einfacher gesagt: Je mehr tatsächliche Wähler in einem Wahllokal an die Urne gehen, desto weniger können Stimmzettel jener zusätzlich eingeworfen werden, die gar nicht zur Wahl gegangen sind.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass bei Wahlen in den letzten Jahren bewusst inspirierte Kampagnen zur künstlichen Verhinderung eines Urnengangs der Protestwählerschaft und damit zur Verbesserung des Ergebnisses der »Kandidaten der Macht« zu beobachten waren. Nicht selten finden diese Kampagnen gezielt dort statt, wo der Anteil der Protestwählerschaft besonders hoch und die Wahlkontrolle hoch ist; dies sind in der Regel die großen Städte. Unter den Methoden, die zu dieser Absenkung der Wahlbeteiligung eingesetzt werden, gehören Skandal-Kampagnen, Verunglimpfung und Nominierung von Kandidaten mit hohen Ablehnungswerten.

Tabelle 7: Regionen, die bei dem Anteil der Stimmabgabe mit Hilfe mobiler Urnen bei der Dumawahl vom 4. Dezember 2011 an der Spitze lagen.

Region (Gebiet)	Anteil der Stimmabgabe »zu Hause« an der Wahlbeteiligung in der Region (Angaben der Zentralen Wahlkommission in %)
Pskow	15,83
Woronesh	14,19
Tambow	13,84
Orjol	12,99
Iwanowo	12,46
Kursk	12,27
Twer	12,18
Lipezk	11,80
Rjasan	11,06
Smolensk	10,96

Unterschiedliches Protestpotenzial in den Regionen

Anhand der Wahlergebnisse vom 4. Dezember können die Regionen Russlands in drei Gruppen unterteilt werden. So gehören zu den Gebieten mit traditionellen »elektoralen Anomalien« (sowohl bei der Wahlbeteiligung als auch bei den Prozentzahlen für den »gewünschten« Kandidaten) weiterhin die nationalen Republiken im Nordkaukasus und dem Wolgagebiet: die Republiken Tywa und Tschukotien, der Kusbass (Gebiet Kemerowo) und der Autonome Bezirk der Jamal-Nenzen. Seit Anfang der 2000er Jahre gehört dazu auch das Gebiet Tjumen. Des Öfteren ist die »Anomalie« bei der Abstimmung auf diesen Gebieten auf die Besonderheiten der unter dem jeweiligen Gouverneur aufgebauten »Wahlmaschinerie« zurückzuführen, die auf den ursprünglich hohen Zustimmungswerten des regionalen Oberhauptes aufbauten.

Bei den Wahlen vom 4. Dezember hat Einiges Russland in 20 Regionen mehr als 60 % erhalten und in drei Regionen zwischen 56 und 60 %. Neben die genannten traditionell »anomalen« Regionen haben sich zwei Gebiete aus Zentralrussland gedrängt (Tambow und Tula, wobei der letztere Fall offensichtlich auf das »Verdienst« des neuen Gouverneurs Waldimir Grusdew zurückgeht), eine Region aus dem Nordwesten (die Republik Komi, wo äußerst skandalöse Wahlen stattfanden) und auch die Gebiete Saratow, Astrachan, Pensa und die Region Krasnodar. Insgesamt zählen diese 23 Regionen 25,1 Millionen Wahlberechtigte. Es kann

angenommen werden, dass diese Regionen auch am 4. März die »richtigen« Ergebnisse liefern werden.

In 32 anderen Regionen haben weniger als 40 % für Einiges Russland gestimmt (selbst mit Wahlfälschung). Hierzu können sieben weitere Regionen mit 40–42 % für Einiges Russland gerechnet werden, überwiegend Regionen im nördlichen Russland, in Sibirien, im Uralgebiet und im Fernen Osten. In diesen »Protestregionen« leben 52,2 Millionen Wahlberechtigte. Allerdings ist in diesen Regionen eine im Vergleich zum gesamtrossischen Durchschnitt geringere Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Die Regional- und Lokalverwaltungen haben wohl kaum die Ressourcen, um die Besonderheiten der Wahlen in diesen Gebieten radikal zu ändern.

21 Regionen können zum »Mittelfeld« gezählt werden. Hierzu gehören Moskau und das ein wenig aus der »anormalen Zone« ausgescherte Gebiet Rostow sowie das Gebiet Woronesh und die Region Stawropol. Es handelt sich hier um ungefähr 30,8 Millionen Wahlberechtigte. In diesen Regionen wirft die Entwicklung der Wahlen die größten Fragen auf. Möglicherweise könnte von der Wahlsituation in eben diesen Regionen abhängen, ob es bei den Präsidentschaftswahlen ein oder zwei Wahlgänge geben wird. Wenn die Wahlen in Moskau wieder im »Stil des Dezember« ablaufen, wäre das mit der Gefahr einer politischen Destabilisierung des ganzen Landes verbunden. Daher ist in diesen Regionen nicht mit heftigen Wahlfälschungen zu rechnen.

So wird das Endergebnis der Präsidentschaftswahlen stark von den Ergebnissen in den »Protestregionen« abhängen. Ferner wird das Verhältnis zwischen

der Härte der administrativen Ressourcen und dem Kampf um die elektorale Kontrolle in den Regionen des Mittelfeldes eine wichtige Rolle spielen.

Eine Kontrolle ist bei den Präsidentschaftswahlen für gewöhnlich schwieriger herzustellen als bei Parlamentswahlen. Zum einen gibt es bei den letzteren mehr Sieger, Akteure, Leute, die persönlich an einem Maximalresultat interessiert sind und dafür kämpfen. Die Schpilkin-Methode hat übrigens in den Jahren 2007 und 2008 gezeigt, dass die Manipulationen bei den Präsidentschaftswahlen stärker als bei den Parlamentswahlen waren. Zweitens wurden im Dezember 2011 gleichzeitig mit der Duma auch 27 Regionalparlamente gewählt, so dass zusätzlich auch die Kandidaten für die regionalen Gesetzgebenden Versammlungen an einer Kontrolle interessiert waren. Im März 2012 werden mit den Präsidentschaftswahlen nur in einigen wenigen Regionen Wahlen stattfinden, und dies zudem auf kommunaler Ebene. So überrascht es nicht, dass wohl in vielen Wahllokalen als einzige Kontrolleure nicht die offiziellen Wahlbeobachter der Kandidaten auftreten dürften, sondern Freiwillige, die über einen Status als Medienkorrespondent verfügen.

Auf Grund der lawinenartigen Mode, sich als Wahlbeobachter zu melden, und der allgemein zunehmenden Aktivität des Protestes könnte sich hier diesmal eine andere Lage ergeben. Wie effektiv die »zornigen Städter« sind, die dann in den Wahllokalen präsent sein werden, erfahren wir erst anhand der Wahlergebnisse vom 4. März.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Über den Autor:

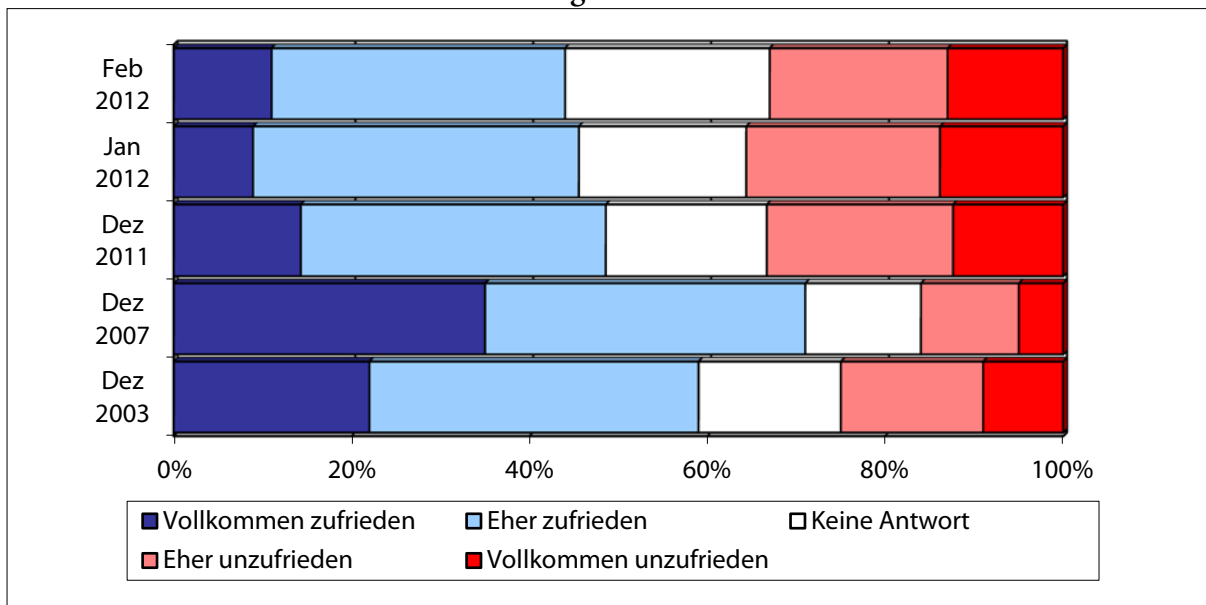
Alexander Kynew ist Politikwissenschaftler und leitet die Analyseabteilung der Assoziation GOLOS.

Dieser Beitrag entstand im Rahmen des gemeinsamen Projektes von GOLOS, Europäischem Austausch, Heinrich Böll Stiftung und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde.

UMFRAGE

Dumawahlen, Präsidentenwahlen und Proteste

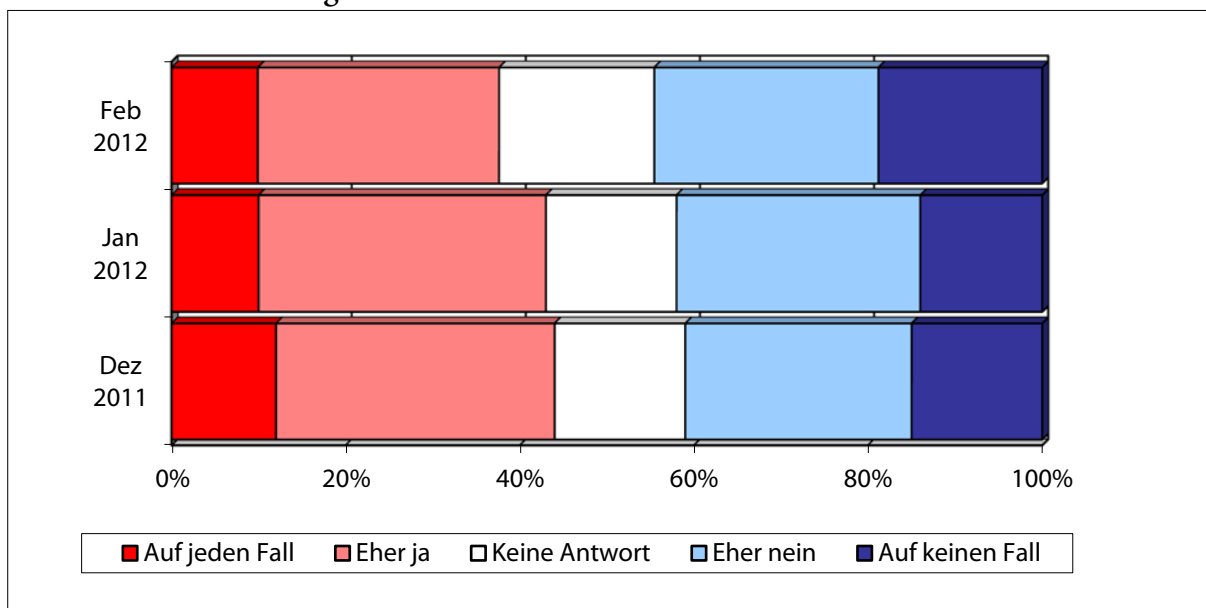
Grafik 4: Sind Sie alles in allem mit den Ergebnissen der Dumawahlen zufrieden?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 17.–20. Februar 2012,

<http://www.levada.ru/print/24-02-2012/vybory-prezidenta-dopolnenie-k-prezentatsii-chast-1-mitingi-protesta-i-v-podderzhku-vputi>

Grafik 5: Unterstützen Sie die Straßenproteste gegen Verletzungen bei der Organisation und Durchführung der Wahlen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 17.–20. Februar 2012,

<http://www.levada.ru/print/24-02-2012/vybory-prezidenta-dopolnenie-k-prezentatsii-chast-1-mitingi-protesta-i-v-podderzhku-vputi>

Tabelle 8: Was bewegt die Menschen Ihrer Meinung nach, an solchen Protestveranstaltungen teilzunehmen?

Angestaute Unzufriedenheit über die Situation im Land / die Politik der Staatsmacht	38 %
Der Wunsch, seinen Ärger über die Wahlfälschungen auszudrücken	34 %
Unzufriedenheit darüber, dass die Staatsmacht sie nicht berücksichtigt / dass die wesentlichen Entscheidungen im Land ohne sie getroffen werden	25 %
Viele kommen, weil man sie bezahlt	20 %
Enttäuschung über die versprochene Modernisierungspolitik / über Medwedew	18 %
Unterstützung der Parteien, die an der Protestveranstaltung teilnehmen	13 %
Viele gehen gemeinsam mit ihren Freunden, Bekannten	12 %
Interesse, Neugier	8 %
Es ist lustig, aufregend	7 %
Beleidigender Umgang Putins mit den Wählern	4 %
Sympathie mit den Organisatoren der Veranstaltung	4 %
Anderes	1 %
Keine Antwort	10 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 17.–20. Februar 2012,

<http://www.levada.ru/print/24-02-2012/vybory-prezidenta-dopolnenie-k-prezentatsii-chast-1-mitingi-protesta-i-v-podderzhku-vputi>

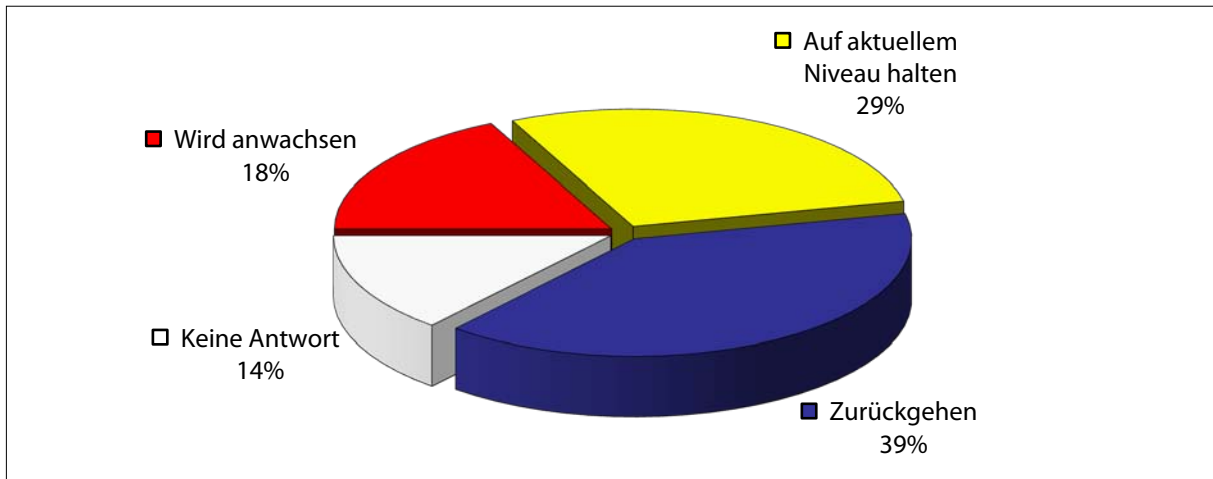
Tabelle 9: Was bewegt die Menschen an Veranstaltungen zur Unterstützung Wladimir Putins und seiner Politik teilzunehmen?

Angst vor Veränderungen im Land	37 %
Zufriedenheit mit der Politik Putins	27 %
Persönliche Sympathie mit Putin	20 %
Das Bestreben nach ehrlichen Wahlen, ohne Druck und Einmischung durch Dritte	20 %
Angst vor einer »oranen Revolution«	20 %
Viele sind gekommen, weil man sie bezahlt	16 %
Zwang/Druck/Drohung auf Arbeit	13 %
Interesse, Neugier	10 %
Unzufriedenheit mit den Aktionen der Opposition/beleidigende Losungen gegen Putin auf deren Versammlungen	8 %
Viele sind gemeinsam mit ihren Freunden, Bekannten gekommen	7 %
Es ist lustig, aufregend	3 %
Anderes	1 %
Keine Antwort	9 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 17.–20. Februar 2012,

<http://www.levada.ru/print/24-02-2012/vybory-prezidenta-dopolnenie-k-prezentatsii-chast-1-mitingi-protesta-i-v-podderzhku-vputi>

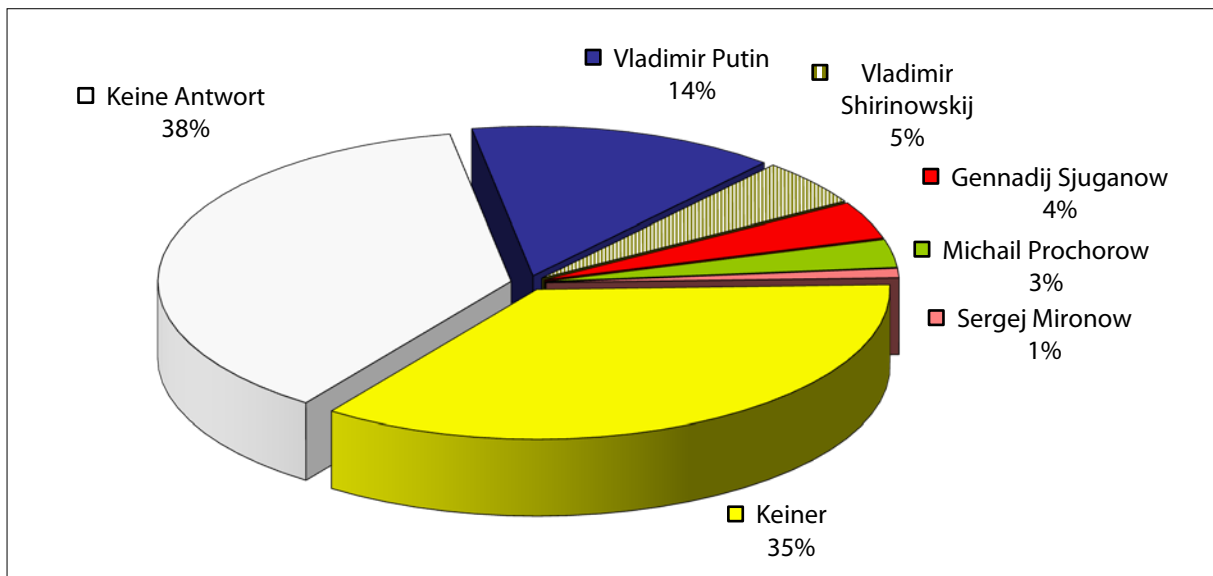
Grafik 6: Wird sich die Proteststimmung in der Gesellschaft nach den Präsidentschaftswahlen halten?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 17.–20. Februar 2012,

<http://www.levada.ru/print/24-02-2012/vybory-prezidenta-dopolnenie-k-prezentatsii-chast-1-mitingi-protesta-i-v-podderzhku-vputi>

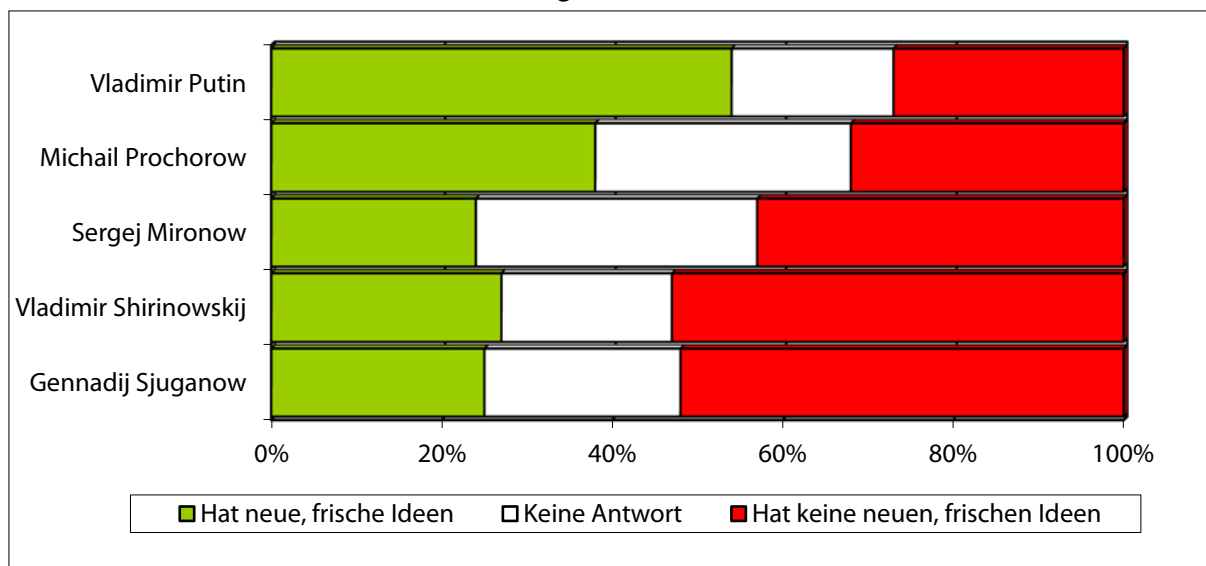
Grafik 7: Welcher Kandidat bietet die besten Lösungen für die Probleme, vor denen Russland steht, an?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 17.–20. Februar 2012,

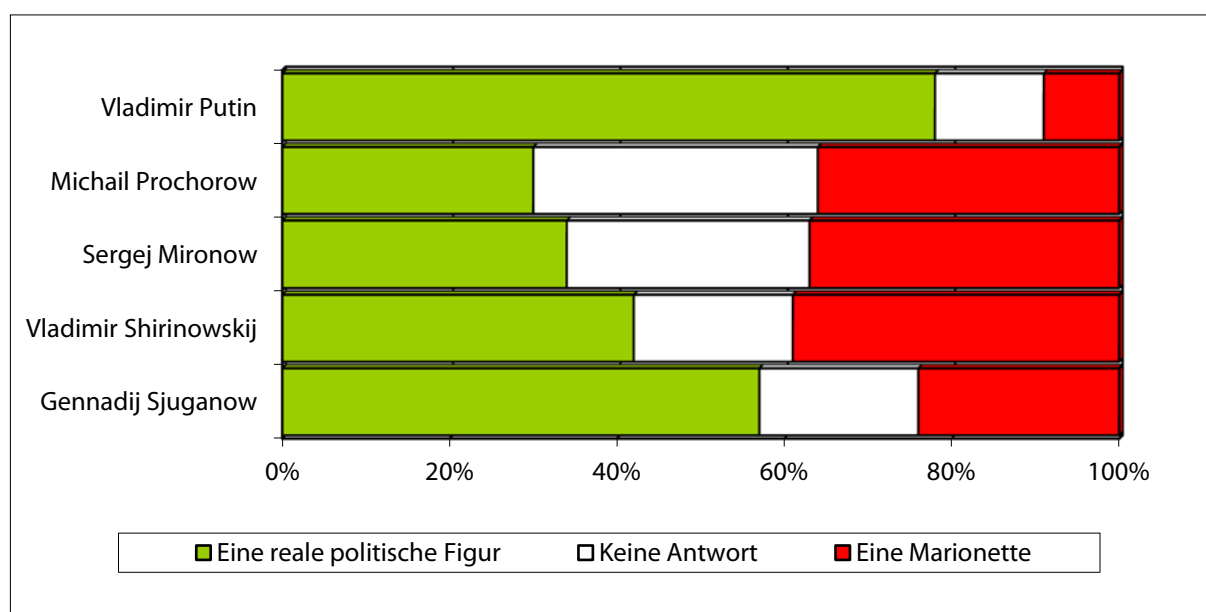
<http://www.levada.ru/print/24-02-2012/vybory-prezidenta-dopolnenie-k-prezentatsii-chast-1-mitingi-protesta-i-v-podderzhku-vputi>

Grafik 8: Hat der Kandidat Ihrer Meinung nach neue, frische Ideen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 17.–20. Februar 2012,
<http://www.levada.ru/print/24-02-2012/vybory-prezidenta-dopolnenie-k-prezentatsii-chast-1-mitingi-protesta-i-v-podderzhku-vputi>

Grafik 9: Ist der Kandidat eine reale politische Figur oder eine »aus dem Kreml« gesteuerte Marionette?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 17.–20. Februar 2012,
<http://www.levada.ru/print/24-02-2012/vybory-prezidenta-dopolnenie-k-prezentatsii-chast-1-mitingi-protesta-i-v-podderzhku-vputi>

Vom 25. Februar bis zum 8. März 2012

25.02.2012	In St. Petersburg nehmen ca. 10.000 Personen an einer Demonstration für ehrliche Wahlen teil, darunter Oppositionsvertreter aus Moskau.
26.02.2012	Bei einer weiteren Aktion der Bewegung »Für ehrliche Wahlen« versammeln sich entlang des Moskauer Gartenrings ca. 20.000 Menschen zu einem »Großen Weißen Ring«. Zu einem anschließenden Flashmob kommen ca. 2.000 Personen auf dem Revolutionsplatz zusammen.
27.02.2012	Das russische Staatsfernsehen berichtet, dass russische und ukrainische Sicherheitskräfte einen Anschlagplan gegen Wladimir Putin vereitelt haben. Bereits Ende Januar kam es in Odessa zu einer vermutlich versehentlich ausgelösten Sprengstoff-Explosion. Anfang Februar nahmen die Sicherheitskräfte eine Gruppe fest, die anscheinend geplant hatte, nach den Präsidentenwahlen ein Attentat auf Wladimir Putin zu verüben.
27.02.2012	Der siebte programmatische Artikel des Präsidentschaftskandidaten und Ministerpräsidenten Wladimir Putin wird in der Zeitung »Moskowskie Nowosti« veröffentlicht. Unter dem Titel »Russland und die sich verändernde Welt« geht er auf die Folgen des »Arabischen Frühlings« ein und kritisiert die Politik der USA und der NATO. Neben den Problemfeldern Iran, Nordkorea und Afghanistan geht er auf die Zusammenarbeit mit China und Indien ein. Europa und die USA spielen erst im letzten Drittel des Beitrags eine Rolle. Die GUS wird in diesem Artikel nicht behandelt. Putin zufolge wird Russland weiterhin eine unabhängige Außenpolitik betreiben.
27.02.2012	In Folge einer Gasexplosion stürzt in Astrachan das Treppenhaus eines Wohnhauses ein. Zehn Personen kommen ums Leben, 15 weitere werden verletzt.
28.02.2012	Im Fernöstlichen Föderalbezirk, nordöstlich der Stadt Komsomolsk am Amur, stürzt ein Kampfflugzeug vom Typ SU-30 bei einem Übungsflug ab. Beide Piloten können sich retten.
28.02.2012	Präsident Dmitrij Medwedew entlässt den Gouverneur des Gebietes Primorje, Sergej Darkin. Die Ablösung erfolgt »auf eigenen Wunsch«. Die Amtsgeschäfte übernimmt Wladimir Mikluschewskij, Rektor der Fernöstlichen Föderalen Universität.
28.02.2012	Ministerpräsident und Präsidentschaftskandidat Wladimir Putin besucht die Unglücksstelle in Astrachan. Er verspricht allen Bewohnern des am Vortag teilweise zusammengestürzten Hauses neue Wohnungen. Hierfür werden 300 Mio. Rubel (ca. €7,7 Mio.) aus dem Staatshaushalt bereitgestellt.
28.02.2012	Dmitrij Pawljutschenko, ehemaliger Mitarbeiter des Moskauer Innenministeriums und mutmaßlicher Beteiligter im Mordfall an Anna Politkovskaja, beschuldigt in Vernehmungen Achmed Sakajew, den ehemaligen Vertreter der tschetschenischen Guerillaführung in Europa, und den exilierten russischen Oligarchen Boris Beresowskij, Auftraggeber des Verbrechens zu sein.
28.02.2012	Der Gesetzesentwurf zur Vereinfachung der Parteienregistrierung passiert in erster Lesung die Staatsduma. Er sieht vor, dass Parteien statt 40.000 Mitglieder ab dem 1. Januar 2013 nur noch 500 Mitglieder vorweisen müssen. Mindestgrößen der regionalen Büros entfallen in mindestens der Hälfte der Föderationssubjekte.
28.02.2012	Wladimir Lukin, Beauftragter für Menschenrechte in Russland, übergibt Dmitrij Medwedew den Menschenrechtsbericht 2011. Ein Teil des Berichtes thematisiert Rechtsverletzungen während der Dumawahlen. Der Bericht wird am 29.02. auf die Website gestellt, am folgenden Tag jedoch entfernt. Er soll erst nach den Präsidentschaftswahlen veröffentlicht werden.
29.02.2012	Die St. Petersburger Stadtversammlung verabschiedet in dritter Lesung ein Gesetz, das die Propagierung von Homosexualität und Pädophilie vor Minderjährigen unter Strafe stellt.
29.02.2012	Wladimir Putin trifft mit Vertretern der »Allrussischen Volksfront«, der Medien, Politologen und seinen offiziellen Vertrauenspersonen zusammen. U. a. warnt er vor Provokationen von Seiten mancher Oppositioneller und erklärt, dass diese sogar bereit wären, ein »sakrales Opfer« zu bringen, um dann die Staatsmacht beschuldigen zu können.

01.03.2012	Sergej Sobjanin, Moskauer Bürgermeister, erklärt in einem Interview, dass allen Interessierten ein Platz für Versammlungen und Demonstrationen angeboten werde. »Ein Majdan wird es aber sicher nicht geben. Wir werden das Aufstellen von Zelten unterbinden.« Dies ist eine Anspielung auf den Unabhängigkeitsplatz in Kiev, auf dem die »Orange Revolution« 2004 stattgefunden hat. Am Vorabend wollte eine Oppositionsgruppe auf dem Moskauer Puschkin-Platz Zelte aufstellen. Die Polizei verhinderte die Aktion.
01.03.2012	Alexej Nawalnyj, Jurist, Blogger und Oppositionspolitiker, veröffentlicht in der Zeitung »Wedomosti« sein Wirtschaftsprogramm, das allein aus dem Kampf gegen die Korruption besteht. Sein Motto: »Nicht lügen und nicht stehlen«.
01.03.2012	Dmitrij Medwedew ernennt Sergej Umnow zum neuen Leiter des Innenministeriums in St. Petersburg und dem Leningrader Gebiet.
01.03.2012	Das Organisationskomitee der Demonstrationen »Für ehrliche Wahlen« einigt sich mit der Moskauer Stadtverwaltung darüber, dass am 5. März auf dem Puschkin-Platz eine Massendemonstration stattfinden kann.
02.03.2012	Ein Vertreter des russischen Außenministeriums erklärt, dass Russland in Reaktion auf die Einführung der Visafreiheit für russische Staatsbürger in Georgien bereit ist, die Visapflicht für georgische Staatsbürger aufzuheben. Zudem wird die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen vorgeschlagen. Ein Stellvertreter des georgischen Außenministeriums erklärt, dass Russland zuvor die staatliche Anerkennung Südossetiens und Abchasiens zurücknehmen müsse.
02.03.2012	Ministerpräsident und Präsidentschaftskandidat Wladimir Putin wendet sich in einer Fernsehansprache an die Bevölkerung. Er ruft dazu auf, zur Wahl zu gehen und die weitere Zukunft Russlands zu bestimmen. »Die breite Unterstützung einer überwältigenden Mehrheit half in der schwierigsten Zeit beim Kampf gegen den Terrorismus, der Wiederherstellung der territorialen Integrität [...]. Wir wissen, was zu tun ist. Um die vor uns liegenden Aufgaben zu lösen, ist eine maximale Konsolidierung aller gesellschaftlichen Kräfte notwendig, eine rhythmische, schöpferische Arbeit ohne Erschütterungen und Revolutionen.«
02.03.2012	Bei einem Spezialeinsatz im Rayon Chasawjurt (Dagestan) werden zwei Untergrundkämpfer getötet.
03.03.2012	Wladimir Tschurow, Leiter der Zentralen Wahlkommission, erklärt, dass im Wahlkampf keine ernsthaften Verletzungen der Wahlgesetze stattgefunden hätten. Alle Kandidaten hätten Zugang zu den Massenmedien gehabt.
03.03.2012	Der Anführer der Untergrundkämpfer in Inguschetien sowie ein weiterer Kämpfer werden bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte getötet.
04.03.2012	Wladimir Putin setzt sich bei den Präsidentschaftswahlen im ersten Wahlgang durch. Nach Auszählung von 99,3 % der Stimmen erhält er 63,75 %. Ihm folgen Gennadij Sjuganow (KPRF) mit 17,19 %, Michail Prochorow, 7,82 %, Wladimir Shirinowskij (LDPR), 6,23 %, und Sergej Mironow (»Gerechtes Russland«), 3,85 %.
04.03.2012	Nach Schließung der Wahllokale versammeln sich ca. 100.000 Menschen auf dem Moskauer Manege-Platz, um den Wahlsieg Putins zu feiern. Wladimir Putin und Präsident Dmitrij Medwedew treten vor ihren Anhängern auf und Putin erklärt: »Wir haben in ehrlichen und freien Wahlen gewonnen. Wir haben gezeigt, dass uns niemand nichts aufzwingen kann. Politische Provokationen, deren Ziel die Zerstörung der russischen Staatlichkeit und die Machtübernahme sind, werden nicht durchkommen.« Mironow und Shirinowskij gratulieren Putin zum Wahlsieg, Sjuganow erklärt, er könne die Wahlen weder als ehrlich noch als gerecht anerkennen.
04.03.2012	Bei einem Überfall durch mutmaßliche Untergrundkämpfer auf ein Wahllokal im Rayon Chasawjurt (Dagestan) werden drei Polizisten und ein Angreifer getötet.
05.03.2012	Präsident Dmitrij Medwedew weist den Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka an, die Urteile gegen 32 Personen, darunter jene gegen Michail Chodorkowkij und Platon Lebedew, bis zum 1. April 2012 zu überprüfen.

05.03.2012	Wladimir Putin, Wahlsieger der Präsidentschaftswahlen, trifft in einem Moskauer Vorort mit seinen Konkurrenten im Wahlkampf, Michail Prochorow, Wladimir Shirinowskij (LDPR) und Sergej Mironow («Gerechtes Russland») zusammen, um über den vergangenen Wahlkampf und die kommenden Aufgaben zu sprechen. Gennadij Sjuganow (KPRF) lehnt die Teilnahme mit dem Verweis auf andere Termine ab.
05.03.2012	In Moskau finden mehrere Versammlungen zur Unterstützung und zum Protest gegen den Wahlsieg Wladimir Putins statt. Kremltreue Jugendgruppen versammeln sich auf dem Manege- und dem Revolutionsplatz. Auf dem Puschkin-Platz protestieren ca. 20.000 Menschen gegen Putins Wiederwahl und für ehrliche Wahlen. Nach Ende der Veranstaltung bleiben einige Demonstranten auf dem Platz, die Polizei nimmt daraufhin ca. 250 Personen, darunter einige Oppositionsführer, vorübergehend fest. Bei einer nicht genehmigten Versammlung in St. Petersburg werden 300 Personen vorübergehend festgenommen.
05.03.2012	Das Büro für demokratische Institute und Menschenrechte der OSZE veröffentlicht einen vorläufigen Abschlussbericht zu den Präsidentschaftswahlen. In diesem werden der Einsatz administrativer Ressourcen sowie die bevorzugte Berichterstattung in den Medien zum Wohle Wladimir Putins kritisiert, der Wahlablauf selbst wird als gut bewertet. Ein Vertreter des russischen Außenministeriums kritisiert den Bericht als voreingenommen.
05.03.2012	Bei einem Einsatz der Sicherheitskräfte im Rayon Kisiljurt (Dagestan) werden zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
06.03.2012	Bei einem Selbstmordattentat an einem Kontrollposten in Karabudachkent (Dagestan) werden fünf Polizisten getötet und zwei weitere verletzt.
07.03.2012	Das Moskauer Bürgermeisteramt einigt sich mit Oppositionsvertretern auf eine weitere Großdemonstration »Für ehrliche Wahlen« am 10. März auf dem Neuen Arbat in Moskau.
07.03.2012	Die Zentrale Wahlkommission veröffentlicht die offiziellen Endergebnisse der Präsidentschaftswahlen und erklärt Wladimir Putin zum Wahlsieger. Auf Putin entfallen 63,6 % der Stimmen, Gennadij Sjuganow (KPRF) erhält 17,18 %, Michail Prochorow 7,98 %, Wladimir Shirinowskij (LDPR) 6,22 % und Sergej Mironow («Gerechtes Russland») 3,85 %.
08.03.2012	Präsident Dmitrij Medwedew gratuliert Ministerpräsident Wladimir Putin bei einem Treffen zu seinem Wahlsieg bei den Präsidentschaftswahlen. »Das Ergebnis ist vollkommen überzeugend und zeigt, dass die Bürger unseres Landes dem Kurs vertrauen, der vom Staat in den letzten Jahren verfolgt wurde.« Wladimir Putin kündigt an, bald mit Gesprächen zur Zusammensetzung der neuen Regierung zu beginnen.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de